

Evangelischer Volksdienst, Zentrum und Staatspartei.

Eine genaue Kopie der Reichstagswahlen werden jedoch die Landtagswahlen kaum ergeben, denn hier geht es um die lippischen Landesangelegenheiten. Und hier kann die Sozialdemokratie ihre Tätigkeit unter der Führung von Heinrich Drake vor aller Welt ausbreiten. Lippe ist der deutsche Freistaat mit den niedrigsten Landessteuern, zwei-dreimal niedriger als in den von Naziregierungen verwalteten Einzelstaaten. "Der wohlgeordnete Staat", den wie die verlogene Nazi-Agitation behauptet, die Sozialdemokratie im November 1918 auch in Lippe übernommen hatte, besass damals eine Schuldenlast von 521 Millionen, darunter 500 Millionen Anteil an den Reichskriegsschulden, mithin 3200 Mark auf den Kopf eines Bewohners. Der Vermögensbestand des Landes an Werten betrug 14 Millionen Mark. Heute hat Lippe, infolge der ungeheuren Anforderungen der Krisenjahre für soziale Zwecke 17 Millionen Schulden, denen jedoch ein inzwischen geschaffenes Grundvermögen von 35 Millionen und ein Kapitalvermögen von 14 Millionen Mark gegenüberstehen. Dies, die geschaffenen sozialen Einrichtungen und deren Leistungen, das ist die Bilanz der von Drake geführten Koalitionsregierung.

Wen wundert es, wenn Drake und die Sozialdemokratie deshalb von Hitler und seinen Banden als "marxistische Verbrecher und Verderber" geschildert werden, während umgekehrt die Kommunisten ihren Wählern vormachen, Drake und seine Partei seien "Sozialfaschisten und vom Kapital ausgehaltene Verräter der Arbeiterklasse?" Wider Willen hat jedoch die bürgerliche "Lippische Landeszeitung" dieser Tage die Katze aus dem Sack gelassen, als sie sich beklagte, die Sozialdemokratie habe die Wahlparole herausgegeben: "Mit Drake für das lippische Volk". Das ist für das Organ der Deutschen Volkspartei eine Täuschung der Wähler, denn so schreibt das Blatt, "Drake gehört schlechthin dem lippischen Volke!"

Mit diesem Urteil kann sich die Sozialdemokratie begnügen und am 15. Januar dem Votum des Volkes entgegensehen, trotz der Schwindelagitation der Hitlerschen Janitscharen, trotz Kommunisten und Hugenberg und trotz kapitalistischer Wirtschaftskrise und Verelendung des Volkes. Aber wie auch die Wahlschliesslich ausgehen mag, ob Hitler seinen Verlust vom 6. November wettmacht oder weiter verliert, von dem Ergebnis die künftige Gestaltung der Reichspolitik abhängig machen zu wollen, ist ein Unfug, wie er nur einem Nazi-Gehirn entspiessen kann. Entscheidungsschlachten für die Reichspolitik werden nicht im Teutoburger Wald geschlagen. Sie sind nur möglich, wenn an alle deutschen Wähler der Appell ergoht. Dass er mit einem weiteren Verlust der Nationalsozialisten von mindestens 2 Millionen Stimmen enden würde, darüber sind sich auch Hitler und Konsorten längst im klaren. Darum in Lippe der Versuch, unter Aufbietung aller Kräfte diesen Eindruck durch einen bescheidenen Erfolg zu verwischen. Aber auch in diesem Falle trägt der Schein; denn Lippe ist nicht Deutschland!

SPD. München, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Reichsleitung der Hitlerei ist durch die Rebellion der SA von ganz Nordbayern mit Einschluss ihrer Führer in so grosser Verlegenheit, dass sie sich nach aussen in vollkommenes Schweigen hüllt. Selbst dem "Völkischen Beobachter" wurde nicht gestattet, eine schönfärbende Darstellung zu veröffentlichen, damit die misstrauisch gewordene braune Soldateska kein Wort über den Aufruhr in Franken erfährt.

In Wirklichkeit stehen vier Fünftel der SA der Gruppe Franken, in der die Untergruppen Mittelfranken, Oberfranken und Unterfranken zusammenschlossen sind, in offener Meuterei gegen den politischen Führer der Nazi-Bewegung Nordbayerns, den Landtags- und Reichstagsabgeordneten Julius

Streicher. Nur seine unmittelbar von ihm ausgehaltene Leibgarde, zwei Stürme in Nürnberg, sind linientreu geblieben und halten das braune Haus der Hitle-
rei in Nürnberg besetzt. Das Übergewicht über die revoltierenden Kameraden,
die unter Leitung des SA-Gruppenführers, Reichstagsabgeordneten Stegmann
sich des Gebäudes bemächtigen wollten, gelang der Streichergarde nur mit
Hilfe der Polizei, die auf Bitten des Hauseigentümers Streicher am Mittwoch
und Donnerstag wiederholt eingegriffen hat.

Der Grund für die Rebellion gegen "die gewissen- und charakterlosen Bon-
zen der Gauleitung Mittelfranken" - so heisst es wörtlich in einer Erklärung
der SA-Führer Frankens - ist vor allem darin zu suchen, dass der Schwerver-
diener Streicher seiner Verpflichtung, 40 % der bei ihm einlaufenden Partei-
gelder an die fränkische SA-Kasse abzuliefern, nicht nachgekommen ist. Ausser-
dem werden gegen die Lebenshaltung Streichers und der ihm ergebenen Unter-
führung, Landtagsabgeordneten Holz, Major a.D. Rankobrand und Oberleutnant
a.D. Zech, die schwersten moralischen Vorwürfe erhoben. Der Eingriff der
Münchener SA-Oberleitung zugunsten der Streicher-Klique wird von der rebel-
lierenden SA als keine endgültige Entscheidung angesehen, zumal er durch den
Stellvertreter des beurlaubten Röhm erfolgt. Da von Röhm, der inzwischen sei-
nen Dienst wieder angetreten haben soll, bekannt ist, dass sein Verhältnis
zu Streicher nicht gerade sehr freundschaftlich ist, wagte die SA nach Ab-
setzung Stegmanns eine Solidaritätserklärung, in der es heisst, dass sie in
unverbrüchlicher Treue mit dem abgesetzten Gruppenführer den Kampf um Recht
und Sauberkeit weiterführen werde.

SPD. Im Haushaltsausschuss des Reichstags sprach am Donnerstag Reichs-
wirtschaftsminister Warmbold über die wirtschaftspolitische Lage. Seine Fest-
stellung, die Weltwirtschaftskrise sei in erster Linie eine Folge des Krieges,
veranlasste den Nazi-Redner zu einem heftigen Angriff gegen den Minister, dem
er vorwarf, sich mit einer "alten marxistischen Ausrede" entschuldigt zu
haben. Ueber die zukünftigen Aufgaben der Reichsregierung äusserte sich
Warmbold nur kurz und in allgemeinen Redewendungen. Der Inhalt seiner Rede
war vor allem bemerkenswert wegen des Geschicks, mit dem der Erörterung der
aktuellen Wirtschaftsfragen, die in der Regierung umstritten sind, aus dem
Wege gegangen wurde.

Warmbold erörterte in längeren Ausführungen, die durch ein reichhalti-
ges Zahlenmaterial belegt waren, die Einzelursachen und den Stand der Krise.
Allein in den Jahren 1927 bis 1931 seien mehr als 11 Milliarden Mark Auslands-
geld nach Deutschland geflossen. Obwohl sie kurzfristig geliehen wurden, seien
sie langfristig angelegt worden. Daraus hätten sich die grossen Rückzahlungs-
schwierigkeiten ergeben, als im Jahre 1930 durch das Hoover-Moratorium für
die Kriegsschulden die Kapitalisten die privaten Kredite als gefährdet ansah-
en. Seit Lausanne sei das Ende der Schrumpfung der Wirtschaft sichtbar. Es
sei die Frage, ob der Ablauf der Krise durch öffentlichen Eingriff (Arbeits-
beschaffung usw.) beeinflusst werden könne und zu welchem Zeitpunkt das zu
geschehen habe. Das Beispiel Amerikas zeige, dass dieser Eingriff nicht zu
früh erfolgen dürfe, und erst dann einen Erfolg verspreche, wenn der Konjunk-
turabschwung beendet sei. Der Sinn der Steuergutscheine sei, dem Unternehmer
die nötige Kreditdecke in dem Augenblick zu geben, in dem sich die Wirt-
schaft erhole. Jede öffentliche Arbeitsbeschaffung dürfe nur in den Grenzen
vorgenommen werden, die eine stabile Währung zulassen.

Abschliessend sagte Warmbold: Der Weg, den die Welt und Deutschland
zurückzulegen haben, um zu einer Besserung der Wirtschaftslage zu gelangen,
sei weit. Er könne abgekürzt werden, wenn es gelingt, auf den Gebieten der
Schuldenregelung, des Warenverkehrs, der Zwangsbewirtschaftung des Zahlungs-

verkehrs und der Stabilisierung der Währungen schnelle und wirksame Regelung zu erzielen. Aber auch wenn es nicht gelingen sollte, diese Fragen vollständig und schnell zu bereinigen, so dürfe man mit einem allerdings langsameren Aufstieg rechnen.

SPD. Detmold, 12. Januar (Eig. Dr.)

Der Gründer der Nazibewegung im Freistaat Lippe, Dr. Fuhrmann, hat den Gauvorsitz im nationalsozialistischen Aerzteverband niedergelegt und ist aus der Hitlerpartei ausgetreten.

Fuhrmann begründet seinen Austritt in einem Brief, in dem er sagt, er könne nicht länger einer Partei angehören, die ihre Grundsätze verleugne und das Zentrum zu einer nationalen Partei erkläre; zweitens sei weder der mit Hitler getriebene Byzantinismus noch der Röhmskandal zu ertragen und ausser Röhms gebe es noch ganz andere Fälle im Braunen Haus; drittens treibe die Nazipartei einen Zickzackkurs wie der Wilhelms II; fünftens bis neuntens sei die Partei voller Bonzen, Bürokraten und Sklavenseelen, mit denen kein Freiheitskampf geführt werden könne. Diese Bonzen lebten untereinander nur mit Stunk, Intriguen, Verleumdungen, gegenseitiger Bespitzelung und Sieger blieben dabei nicht die Tüchtigen und Fähigen sondern nur die Charakterlosen, die Gerissenen und die besten Speichellecker! Deshalb sei für einen freien, aufrechten und ehrlichen Mann kein Platz mehr in der Nazipartei und deshalb bedanke er sich, ihr länger anzugehören.

SPD. Welche grossen sozialen Opfer die Wirtschaftskrise allen Schichten der Arbeiter und Angestellten zugefügt hat, geht deutlich aus einem Bericht hervor, den der Reichsarbeitsminister Dr. Syrup am Donnerstag im Haushaltsausschuss des Reichstags über den Stand der Sozialversicherung und über die Arbeitslosenhilfe erstattete.

Die Einnahmen der Sozialversicherung, die 1929 noch 4300 Millionen betragen, sanken 1931 auf 3174 und 1932 auf 2660 Millionen. Von 1929 bis 1932 ist also ein Rückgang von 1600 Millionen eingetreten. Diesen geringeren Einnahmen stehen auch geringere Ausgaben, verursacht durch Drosselung der Leistungen gegenüber. Von 1929 bis 1932 beläuft sich der Rückgang der Ausgaben auf 927 Millionen, 651 Millionen entfallen davon allein auf das Jahr 1932. Der Angriff auf den "Wohlfahrtsstaat" der unter der Regierung Papen mit besonderer Schärfe einsetzte, kommt in diesen Zahlen sichtbar zum Ausdruck.

Von den ungünstigen Einwirkungen der Wirtschaftskrise ist kein Zweig der Sozialversicherung verschont geblieben, obwohl die Wirkungen z.B. bei der Angestelltenversicherung nicht entfernt so verhängnisvoll sind wie bei der Invalidenversicherung. In der Krankenversicherung halten sich Einnahmen und Ausgaben mit 1355 Millionen das Gleichgewicht. In der Unfallversicherung, wo die Einnahmen noch nicht genau vorliegen, betragen die Ausgaben 346 Millionen. In der Invalidenversicherung erwartet man einen Fehlbetrag von 190 Millionen, da die Einnahmen nur 1100 Millionen, die Ausgaben aber 1290 Millionen betragen. Da die Invalidenversicherung schon in den Vorjahren erhebliche Fehlbeträge hatte, ist ihr Vermögen seit 1930 um 370 Millionen zurückgegangen. Die Angestelltenversicherung hat Einnahmen von 447 Millionen, Ausgaben von 263 Millionen und ein Vermögen von 2077 Millionen. Es weist seit 1929 eine Zunahme von 767 Millionen auf.

Noch deutlicher zeigten die Angaben des Ministers über die Arbeitslosenhilfe die brutalen Wirkungen des Unterstützungsabbaues und die Verschiebung der aufzubringenden Mittel auf die Schultern der Leistungsschwachen. Die

Ausgaben für die drei Zweige der Arbeitslosenhilfe betrug 1929 insgesamt 1757 Millionen. 1930: 2778, 1931: 3147, 1932 aber nur noch 2835 Millionen. Obwohl also die Zahl der Arbeitslosen im Jahresdurchschnitt 1932 um etwa eine Million höher war als im Jahre 1931 ist der Gesamtbetrag der Unterstützung um über 300 Millionen geringer. In den Ausgaben von 2835 Millionen für 1932 sind die Mehrausgaben für die Gewährung der Winterzulage mit 67 Millionen, für den Fortfall der Aussteuerung in der Krisenfürsorge in Höhe von 55 Millionen und Ausgaben für den freiwilligen Arbeitsdienst in Höhe von 25 Millionen enthalten.

Noch deutlicher aber zeigen die Angaben über Ausgaben und Einnahmen der Arbeitslosenversicherung mit welcher Rücksichtslosigkeit der Unterstützungsabbau vorgenommen und trotzdem die Beitragsleistung gesteigert wurde. Während im Jahre 1929: 890 Millionen Einnahmen aus Beiträgen Ausgaben in Höhe von 1338 Millionen gegenüberstanden, ist im Jahre 1932 die Beitragseinnahme auf 1020 Millionen gestiegen, die Ausgabe für Unterstützungen aber auf 721 Millionen gesunken. Unterstützte früher das Reich die Arbeitslosenversicherung, so unterstützt jetzt umgekehrt die Arbeitslosenversicherung das Reich.

Diese Zahlen sind eine erschreckende Bestätigung für die Richtigkeit der sozialdemokratischen Angriffe gegen die "autoritäre Staatsführung", die die Lasten der Wirtschaftskrise auf allen Gebieten den notleidenden Volksschichten aufbürdet.

SPD. München, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Naziwirrwarr in Nürnberg hat einstweilen damit geendet, dass ausser der Absetzung des SA-Gruppenführers von Franken und einiger Unterführer der Untergruppe Mittelfranken insgesamt 162 SA-Leute, darunter acht Sturmführer, aus der Partei ausgeschlossen wurden.

An den abgesetzten Gruppenführer Stegmann hat der Ober-Osaf Hitler folgendes Telegramm gerichtet: "Da Sie trotz meiner Ihnen persönlich gemachten Verwarnung sich abermals in schwerster Weise gegen die Parteiinteressen verfahren haben, bestätige ich nicht nur die vom Stabschef Röhm bereits ausgesprochene Enthebung von Ihrer Dienststellung, sondern erkenne Ihnen auch strafweise Ihren Dienstrang ab."

SPD. Bukarest, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

Das Kabinett Maniu ist am Donnerstag Nachmittag zurückgetreten. Der König hat die Demission angenommen.

Der äussere Anlass zu dieser Regierungskrise bildete der Kampf zwischen dem König und der Regierung um die von Maniu geforderte Abberufung des Bukarester Polizeipräsidenten und des Kommandeurs der Landesgendarmerie. In diesem Streit ist die Regierung unterlegen. Es ist vorläufig noch unbestimmt, wer mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt werden wird. Nationalzararistische Kreise rechnen mit einem neuen Kabinett Vaida Voevod ohne Titulescu, der wieder auf seinen Gesandtenposten nach London zurückkehren werde. Es ist aber auch nicht ausgeschlossen, dass der König den Rechtsradikalen und Liberalen um Baca die Bildung der Regierung antragen wird. In diesem Falle würden die gesetzgebenden Körperschaften aufgelöst werden und im Februar wieder Neuwahlen stattfinden.

SPD. Dresden, 12. Januar (Fig. Drahtb.)

Der Sächsische Landtag hob am Donnerstag die Immunität des Nazi-Abgeordneten Bennecke wegen Begünstigung des Mordes an dem SA-Manne Hentzsch auf. Die Kommunisten enthielten sich, wie im Rechtsausschuss des Landtags, auch diesmal der Stimme.

Vor der Abstimmung benutzte der kommunistische Redner die Gelegenheit wiederum zu einer masslosen Hetze gegen die Sozialdemokratie. Wenn jetzt die Nazi-Partei selbst für die Aufhebung der Immunität stimme, so sei das nur ein abgekartetes Spiel. Die Sozialdemokratie benutze den Fall Hentzsch zur Irreführung der Arbeiterschaft. Aus diesem Grunde würden die Kommunisten sich an der Abstimmung nicht beteiligen. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion beantwortete diese Erklärung der Kommunisten mit einem einstimmigen Pfui. Der nationalsozialistische Redner erklärte, ihm scheine, die Kommunisten hätten kein Interesse an der Aufklärung der Mordangelegenheit. Der sozialdemokratische Abgeordnete Edel hielt den Kommunisten vor, dass die Staatsanwaltschaft die beste Ausrede haben würde, wenn sie sich darauf berufen könnte, dass die Mörder und ihre Begünstiger unter dem Schutz des sächsischen Parlaments ständen. Es handle sich bei dem Verhalten der KPD um ein Kapitel proletarischer Schande, das die sächsische Sozialdemokratie der Arbeiterschaft unterbreiten werde.

Im weiteren Verlauf der Sitzung wurden die kommunistischen und sozialdemokratischen Anträge beraten, die sich mit dem Fall Hentzsch und dem Verhalten der Behörden beschäftigen. Der Minister des Innern, Richter, versuchte die beteiligten Beamten in Schutz zu nehmen. Er gab allerdings zu, dass einzelne Massnahmen der an der Untersuchung beteiligten Kriminalbeamten sich als falsch erwiesen hätten. Sie seien von der Auffassung beherrscht gewesen, dass Hentzsch möglicherweise wie andere seiner an einer strafbaren Handlung beteiligt gewesen Parteigenossen ins Ausland geflüchtet sei. Der deutschsozialistische, früher nationalsozialistische Abgeordnete Fritzsche führte u.a. aus, ihm scheine, dass die Behörden vielfach nicht sehen wollten, mit wem sie es bei den Nationalsozialisten zu tun haben. Er brachte reichhaltiges Beweismaterial für den in der Nazi-Partei herrschenden Mordgeist vor. Ihm sei z.B. bekannt, dass im April 1932 Massnahmen getroffen gewesen wären, um in Dresden mehrere tausend SA- und SS-Leute zu einem Putsch zusammenzuziehen. Man habe sich damals bemüht Lazarette zu mieten.

Die sozialdemokratischen Abgeordneten Geiser und Weckel wandten sich in schärfster Weise gegen die nationalsozialistische Mordhetze und gegen die Vertuschungsversuche der Nazis. Ausserdem übten sie scharfe Kritik an dem Verhalten der sächsischen Polizeibehörde. U.a. legte Weckel einen ihm zugegangenen Bericht vor, aus dem hervorgeht, dass die Kriminalbeamten, denen in dem Städtchen Tharandt bei Dresden der jetzt nach Italien geflüchtete Mörder Schenk entwischt war, es nicht einmal für notwendig gehalten hätten, die in Tharandt stationierte Gendarmerie zu benachrichtigen, die ortskundig war und deshalb am leichtesten den entflohenen Schenk hätte finden können. Erst drei Wochen nach der Flucht des Schenk hätte die Gendarmerie von Tharandt von der Flucht des Schenk erfahren.

SPD. Warschau, 12. Januar (Fig. Drahtb.)

Die von der sozialistischen Fraktion des Sejms beantragte Aufhebung der Ständgerichte wurde von der Regierungsmehrheit abgelehnt.

In der Begründung des Antrages gab der sozialistische Redner ein erschütterndes Bild von der Tätigkeit dieser Militärgerichte und damit von den Zuständen unter dem faschistischen Pilsudski-Regime. Polen führe bereits den Weltrekord in vollstreckten Todesurteilen. 107 Personen seien durch die

Stadgerichte gehängt worden, darunter 16 - 17jährige junge Menschen. 74 zum Tode Verurteilte seien zu lebenslänglichem Kerker "begnadigt" worden.

Eine interessante Ergänzung zu dieser Debatte bot eine Aussprache im Haushaltsausschuss über das Budget des Justizministeriums. Hier wurde festgestellt, dass alle 345 polnische Gefängnisse überfüllt sind und der Neubau von Gefängnissen, vor allem in den polnischen Ostgebieten, geplant ist.

SPD. Der Leiter der Polizeiabteilung im Preussischen Ministerium des Innern, Ministerialdirektor Klausner, ist jetzt ebenfalls ein Opfer der deutschnationalen Kommissariatswirtschaft in Preussen geworden. Er wird als Ministerialdirektor in das unpolitische Reichsverkehrsministerium versetzt. Klausners Zugehörigkeit zum Zentrum und sein Amt als Leiter der Katholischen Aktion in Berlin haben seine Massregelung nicht verhindern können.

Wie gegen alle republikanischen Beamten, die in letzter Zeit auf die Strasse gesetzt wurden, ist auch gegen Klausner von deutschnationaler Seite seit Monaten eine grosse Hetzkampagne betrieben worden. Er wurde beföhdet und angegriffen, trotzdem er im Zentrum auf dem rechten Flügel steht und gesinnungsmässig mit den Deutschnationalen mancherlei gemein hat. Alles das hat ihm nichts genützt. Er musste aus dem Preussischen Innenministerium verschwinden, weil auch sein Amt seit langer Zeit von deutschnationalen Fütterkrippenjägern begehrt wird, die Preussens Polizei nach dem Willen der deutschnationalen Partei nach rein militärischem Muster aufziehen sollen. Vorläufig ist allerdings noch kein Nachfolger für Klausner bestimmt. Bis auf weiteres wird ein alter rechtsstehender Ministerialdirektor seine Dienste als Leiter der Polizei-Abteilung versehen. Aber nur bis auf weiteres. Dass dann ein Deutschnationaler, reaktionärster Sorte an Klausners Stelle treten soll, ist schon heute so sicher wie das Amen in der Kirche und ebenso sicher wie Klausner gemassregelt wurde.

Im Reich toleriert das Zentrum nach wie vor die Regierung des Herrn Schleicher, der als Reichskommissar für Preussen auch für die Versetzung Klausners von einem wichtigen politischen Amt in ein unpolitisches Ministerium verantwortlich zeichnet. So erfährt jetzt auch das Zentrum was von Schleichers Versöhnungsgerede zu halten ist. Es ist, wie Otto Wels bereits in seinem Neujahrsartikel festgestellt hat, nichts als Bluff!

SPD. Bukarest, 12. Januar (Eig. Drahtb.)
Rumänien wird seit zwei Tagen von heftigen Schneestürmen heimgesucht, die nicht nur grossen Sachschaden angerichtet, sondern auch zahlreiche Menschenleben gefordert haben. Besonders schwer ist die Lage in der Moldau, wo allein im Bezirk Ramnicsarat 14 Personen, meist zu Markte fahrende Bauern, in den Schneestürmen umgekommen sind. Auch aus anderen Bezirken werden viele Menschenopfer gemeldet. Der Eisenbahnverkehr ist auf den meisten Linien unterbrochen. Die internationalen Züge verkehren nur mit grossen Verspätungen.

SPD. Genf, 12. Januar (Eig. Drahtb.)
In der Aussprache über die internationale 40 Stundenwoche lehnte am Donnerstag der italienische Unternehmervertreter Olivetti die Arbeitszeitverkürzung ab. Oerstedt-Dänemark will als Sprecher der Unternehmer jede Entscheidung bis zur Londoner Weltwirtschaftskonferenz verschoben wissen. Für die Arbeitergruppe sprach am Nachmittag Spliedt-Deutschland, der

unter starkem Beifall in äusserst wirkungsvoller Weise besonders die soziale Seite des Arbeitszeitproblems aufrollte. Die Konferenz dürfe nicht auseinandergehen, ohne eine Grundlage für die Teillösung des Arbeitsproblems zu finden. Niemand zweifle daran, dass die technische Entwicklung grosse Arbeitermassen freigesetzt habe. In Deutschland schätze man die Zahl von 1925 bis 1932 auf mindestens eine Million, wobei die kleineren Betriebe und das Handwerk noch gar nicht erfasst seien. Im September 1932 seien 1646 Kilogramm Kohle pro Mann und Tag gefördert worden gegen 1271 Kilogramm im Jahre 1929. Selbst in der Depression sei die Technisierung und Rationalisierung nicht aufgehalten, sondern gerade der Ertragswert pro Mann und Schicht gewaltig gesteigert worden. Auch ohne Maschinen würde der Leistungseffekt des Arbeiters durch Vereinfachung des Arbeitsvorganges stark erhöht. Das sei gerade das neue an der zu meisternden Entwicklung, die planvolle Arbeitsgestaltung die aus dem Menschen das höchste an Leistung heraushole. Die Produktionsmittelindustrie sei viel stärker entwickelt worden als die Verbrauchsindustrie. Daraus habe sich das Missverhältnis ergeben. Es müsse wieder ein Ausgleich zwischen beiden Industrien geschaffen werden. Dazu komme die Veränderung in der Zusammensetzung der Bevölkerung, aus der immer mehr Menschen zur Arbeit drängten.

"Wissen denn die Unternehmer einen besseren Weg aus der Krise als die Arbeitszeitverkürzung?" rief Spliedt schliesslich der Versammlung zu. Die Wirtschaftskonferenz in London nütze allein auch nichts, wenn immer wieder festgestellt werden müsse, dass so und so viele Menschen überflüssig seien. "Sollen wir den Menschen zugrunde gehen lassen, bis wir zu einer besseren Konjunktur kommen? Denken Sie an die Jugend aller Länder, die durch die Arbeitslosigkeit verwüstet wird!" Man dürfe nicht zusehen und sagen, es sei keine Lösung da, wenn 30 Millionen Menschen keine Arbeit finden. Es müsse einfach eine Lösung gefunden werden. Können man nicht den Produktionsprozess mit der Verteilung in Einklang bringen, dann bliebe eben nur die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf möglichst viele Menschen. Das sei die Verkürzung der Arbeitszeit. Falls denn eine geringe Verteuerung durch die Verkürzung der Arbeitszeit überhaupt ins Gewicht, wenn es gelte, das grösste Elend aufzuhalten? Diese Verteuerung sei nur eine kleine Versicherungsgebühr gegen das furchtbarste Erdbeben, das der Industrie aller Länder bevorstehe. Als die Väter der gegenwärtigen Generation gegen den 12 und 14 Stundentag gekämpft hätte und als diese Generation selbst für den 12 Stundentag gekämpft habe, da hätte man immer wieder ihnen und der gegenwärtigen Generation entgegengerufen, die Wirtschaft gehe zugrunde. Aber nur aus der Verkürzung der Arbeitszeit komme der Fortschritt für die Menschheit. Es dürfe auch kein Zweig des Arbeitslebens ausgeschlossen werden. Die Industrie könne sich sehr rasch einstellen auf die 40 Stundenwoche, wie sich praktisch in Deutschland in vielen Fällen schon gezeigt habe. Ein Aufstieg sei nicht möglich, wenn jede aufsteigende Tendenz, wie in letzter Zeit in der deutschen Textilindustrie, aufgefangen werde durch verlängerte Arbeitszeit. Die Kaufkraft des Arbeiters dürfe um keinen Preis absinken.

Spliedt schloss: Aber warum scheuen die Arbeitgeber die kleine Lasterhöhung so sehr? In dem Masse, in dem die Löhne gesunken seien, sei gleichzeitig auch die Arbeitszeit gestiegen. Das Kaufkraftprinzip sei das richtige. Könnte man sich endlich freimachen von der Idee der Lohnsenkung bei der Lösung des Problems, so käme man sofort weiter. Ueber eines müsse sich die Konferenz verstehen, sie dürfe nicht ohne ein Ergebnis auseinandergehen. Millionen Arbeiter blickten heute voll Hoffnung nach Genf. Die Konferenz könne keine Generallösung bringen, aber ein gutes Stück dazu beitragen, das Elend mildern zu helfen.

SPD. Paris, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

In der Kammer hielt der wiedergewählte Kammerpräsident Bouisson zu Beginn der Donnerstag-Sitzung seine Antrittsrede. Dann beschloss das Haus auf den Antrag des Ältestenausschusses, am Freitag-Nachmittag die Debatte über die Amnestievorlage und am nächsten Freitag die Interpellationsdebatte über den Brand der "Atlantique" zu beginnen.

Im Senat ist am Donnerstag der bisherige Präsident Jeanneney, der der radikalen Partei angehört, mit 254 von 260 Stimmen wiedergewählt worden.

SPD. Brüssel, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Protestbewegung der belgischen Arbeiterschaft gegen die Steuerpläne der Regierung nimmt mit jedem Tag grösseren Umfang und schärfere Formen an.

Am Donnerstag traten mit wenigen Ausnahmen die Belegschaften des grossen zentralen Industriegebiets des Hennegaus in einen 24 stündigen Proteststreik. Es wurde eine musterhafte Ruhe und Disziplin bewahrt. Es ist aber nicht ausgeschlossen, dass es noch zu grösseren Schwierigkeiten kommt, da zahlreiche Eisenindustriellen und Zechenbesitzer damit gedroht haben, die Betriebe vor Montag nicht wieder zu öffnen. Im Borinage, wo es bereits zu vereinzelt Streiks im Kohlenbergbau gekommen ist, scheint sich die Bewegung auszudehnen. Im Gebiet von Charleroi herrscht insbesondere unter den Bergarbeitern eine erregte Stimmung. Ausserdem fanden am Donnerstag in einer ganzen Reihe von anderen Industriegebieten und Grosstädten grosse Strassendemonstrationen statt, so namentlich in Brüssel. Nach einem gewaltigen Umzug durch die Hauptstadt fand eine Riesenversammlung statt, in der Vandervelde scharf mit der katholisch-liberalen Regierung abrechnete.

Die Protestbewegung scheint nicht nur auf die öffentliche Meinung, sondern auch auf die Regierung selbst einen gewissen Eindruck gemacht zu haben. Obwohl die Minister immer wieder betonen, dass sie sich durch die angeblich revolutionären Drohungen der Arbeiterpartei nicht einschüchtern lassen würden, scheint die Regierung jetzt geneigt zu sein, den Forderungen der Sozialisten gewisse Zugeständnisse zu machen, insbesondere in bezug auf die Arbeitslosenunterstützung und die Befreiung der niedrigen Arbeitseinkommen von der neuen Erwerbssteuer. Der Kampf geht indessen sehr energisch weiter.

SPD. Paris, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

Die parlamentarische Lage für die Regierung Paul Boncour verschlechtert sich von Tag zu Tag in dem Masse, in dem Einzelheiten über die Finanzpläne Chérons durchsickern.

Die Beamtenverbände haben die Regierung bisher vergeblich zum Verzicht auf Gehaltskürzungen zu bewegen versucht. Die sozialistische Kammerfraktion ist mit den Gewerkschaften solidarisch. Sie wird gegen die Kürzung der Beamtengehälter und gegen die Erhöhung der indirekten Steuern, die eine Verteuerung des Lebensunterhalts zur Folge haben müssen, stimmen. Die Fraktion Marin wird die Finanzpläne der Regierung wegen der Erhöhung zahlreicher Steuern gleichfalls ablehnen. Nicht einmal der geschlossenen Unterstützung der Radikalen ist die Regierung sicher. Auch einige radikale Minister, wie Bonnet und Chautemps, sind gegen die Finanzpläne Chérons.

SPD. Der Reichsrat stimmte am Donnerstag einer Reihe von Gesetzentwürfen über Verträge zu, die Deutschland mit anderen Staaten auf dem Gebiete der Sozialversicherung abgeschlossen hat. Dabei handelt es sich zunächst um einen Gesetzentwurf zwischen Deutschland und der tschechoslowakischen Republik, worin die wechselseitigen Beziehungen zwischen beiden Staaten in den einzelnen Sozialversicherungen wie Kranken-, Unfall-, Invaliden-, Angestellten- und Knappschafts-Versicherungen nach dem Grundsatz der gegenseitigen Gleichberechtigung geregelt werden. Angehörigen des andern Staates werde grundsätzlich die gleiche Behandlung wie den Angehörigen des eigenen Staates zugesichert. Eine Doppelversicherung, wie sie insbesondere bei den Bewohnern der Grenzgebiete möglich sei, werde vermieden. Ein gleichfalls angenommener Gesetzentwurf über einen Vertrag zwischen Deutschland und Polen begründet in ähnlicher Weise das allgemeine Gegenseitigkeitsverhältnis zwischen der deutschen und der polnischen Sozialversicherung, das den Angehörigen beider Staaten zugutekommt.

Auch einem deutsch-französischen Abkommen stimmte der Reichsrat zu, das in gleicher Weise die Gegenseitigkeit zwischen der deutschen und der französischen Sozialversicherung gewährleistet. Diese Regelung war jedoch nur möglich unter der Bedingung der Ausdehnung der Vertragsbestimmungen auch auf das Saargebiet, weil viele der beteiligten Arbeitnehmer auch Versicherungszeiten im Saargebiet zurückgelegt haben. Die Regierungskommission des Saargebiets ist daher, wie der Berichterstatter mitteilt, dem Abkommen beigetreten, sodass versicherungsmässig eine volle Freizügigkeit zwischen Deutschland und Frankreich auch für das Saargebiet bestehe. In einzelnen Punkten bedürfe es für diesen Vertrag noch gemeinsamer Ausführungsbestimmungen, die besonderen ergänzenden Vereinbarungen vorbehalten seien.

Schliesslich bestimmte der Reichsrat noch die von ihm zu benennenden fünf Beisitzer und fünf Stellvertreter für die Kammer des Staatsgerichtshofs, vor der eventuelle Anklagen gegen den Reichspräsidenten, den Reichskanzler und Reichsminister durchzuführen sind. Unter den vom Reichsrat benannten Persönlichkeiten seien der Präsident des Kammergerichts Tigges, der Kieler Universitätsprofessor Dr. Poetzsch-Heffter, der Heidelberger Staatsrechtler Anschütz und der Senatspräsident am sächsischen Obergerverwaltungsgericht Gebhardt-Dresden erwähnt. Weitere fünf Beisitzer und fünf Stellvertreter hat der Reichstag zu benennen.

SPD. Paris, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

Die Parlamentsfraktion der Radikalen Partei wählte am Donnerstag gegen Herriots Widerspruch den Abgeordneten Francois Albert wiederum zu ihrem Vorsitzenden. Albert zählt zu dem linken Flügel seiner Partei und hat mit anderen Radikalen bei der entscheidenden Schuldendebatte gegen das Kabinett Herriot gestimmt. Um Herriot für seine Niederlage zu trösten, sprach ihm die Fraktion später ihr Vertrauen aus.

SPD. Schwerin, 12. Januar (Eig. Drahtb.)

Der Nazi-Ministerpräsident von Mecklenburg-Schwerin Granzow hat den Vorsitzenden des mecklenburgischen Landbundes, Dr. Wendhausen, aufgefordert, sein Amt als Vorsitzender niederzulegen, weil er die Politik des Papen-Kabinetts gebilligt habe. Falls der Landbund weiter von Dr. Wendhausen geführt werde, würden sämtliche Nationalsozialisten aus dem Landbund austreten und

eine nationalsozialistische Bauernorganisation aufziehen. Der Landbundesvorstand hat die Forderung der Nationalsozialisten abgelehnt und sich eine Einmischung in seine internen Verhältnisse verboten. Wendhausen stand bis vor kurzer Zeit den Nationalsozialisten sehr nahe.

SPD. Der Vorstand der Sozialdemokratischen Reichstagsfraktion hat den Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, den nationalsozialistischen Abgeordneten Dr. Frick, aufgefordert, auf die Tagesordnung der zu Freitag, den 20. Januar anberaumten Sitzung des Auswärtigen Ausschusses die Beratung des japanisch-chinesischen Konflikts zu setzen.

SPD. Schwerin, 12. Januar (Eig. Drahtb.)
Die Naziregierung will eine zehnprozentigen Lohnabbau für die Forstarbeiter durchführen. Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb die sofortige Einberufung des Landtages beantragt.

SPD. Die Strafkammer des Berliner Landgerichts III hat den Antrag auf Haftentlassung des früheren Direktors der Berliner Verkehrs-Gesellschaft, Brolat, am Donnerstag abgelehnt. Die Anwälte Brolats werden gegen diese Entscheidung, deren Begründung noch nicht vorliegt, Beschwerde beim Kammergericht einlegen.

SPD. Stettin, 12. Januar (Eig. Drahtb.)
Die von dem Preussen-Kommissar Bracht im September 1932 verfügte Auflösung der pommerschen Ortsgruppe des Reichsbanners in Richtenberg ist vom Verwaltungsgericht des Bezirksausschusses als unzulässig bezeichnet und aufgehoben worden.

Der Grund der Auflösung waren einige Prügel, die Nazis als Entgelt für die Misshandlung eines Republikaners von Reichsbannerleuten bezogen hatten. Der Landrat hatte den damaligen Einspruch gegen die Verfügung Brachts zurückgewiesen. Er teilt jetzt mit Herrn Bracht die Zurechtweisung durch den Bezirksausschuss.

Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Freitag-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850.

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Handel mit Gesinnung.

SPD. Ein grosses Wiener Blatt samt seinem Inseratengeschäft und seiner Redaktion wird von den Inhabern durch Inserat zum Verkauf ausgebaut. Die Redaktion soll kurzerhand mit verkauft werden, über die Gesinnung und die Tendenz hat der Käufer zu befinden.

Solcher Handel ist in der bürgerlichen Welt nicht selten. In Regensburg ist das Organ der Staatspartei, das vor 40 Jahren als liberales Organ gegründet worden ist, von der Geschäftsleitung an die Deutschnationale Volkspartei verhandelt worden. Das Geld dazu hat die Max-Hütte in der Nähe von Amberg zu einem Teil gegeben, zu einem anderen Teil der Stahlhelm.

Die Demokraten in Regensburg teilen betrübt mit :

"Zur gefälligen Kenntnisnahme beehren wir uns allen Parteifreunden mitzuteilen, dass die "Regensburger Neuesten Nachrichten" nicht mehr als Organ unserer Partei gelten können. Diese vor etwa 40 Jahren von den Liberalen mit grossen Opfern gegründete Zeitung (Volksbote) wird künftig das offizielle Organ der Deutschnationalen Partei sein. Zu dieser Überraschenden Umstellung enthalten wir uns jeglichen Kommentars."

Das Blatt hat sich schon seit einiger Zeit vom bisherigen Kurse ab und dem Papen-Kurse zugewandt. Die Verlagsleitung hat das Blatt und seine Gesinnung sozusagen meistbietend ausgebaut. Sie hat sogar die Absicht gehabt, sich den Nationalsozialisten zur Verfügung zu stellen. Jetzt nimmt sie Hugenberg-Geld. Nicht nur der Verlag, auch die Redaktion ist mit verkauft, und sie liefert nun ebenso prompt Hugenberg-Gesinnung, wie sie vorher demokratische Gesinnung geliefert hat.

Und die Abonnenten? Es ist der Leitung der Zeitung nicht eingefallen, den Gesinnungswechsel wie den Besitzwechsel den Lesern mitzuteilen. Man glaubt, bei diesen modernen Gesinnungshändlern, dass die Leser es schon von selbst merken werden - oder auch nicht merken werden! Wenn man Redakteure kaufen und verkaufen kann, warum soll man nicht auch die Abonnenten dazu kaufen und verkaufen?

Von der anderen Seite gesehen.

Die Kommunistische Partei setzt immer noch ihre verrückte Taktik der Unterstützung der schlimmsten Reaktionen gegen die Sozialdemokratie fort. Ihre beiden letzten Heldentaten hat sie in Lübeck und in der Bergarbeiterstadt Hohemölsen vollbracht.

In Lübeck haben die Kommunisten gemeinsam mit den Nationalsozialisten dem Misstrauensantrag gegen den Lübecker Plenarsenat zugestimmt und damit die Bahn freigemacht für einen nationalsozialistischen Senat. Der Führer der Lübecker Nationalsozialisten nennt in seinem Blatt die Annahme dieses Misstrauensantrages auf kommunistischen Krücken einen "stolzen Sieg", er spricht den Kommunisten ausdrücklich seinen Dank für ihre tapfere Haltung aus! - In Hohemölsen, wo mit Hilfe der Kommunisten ein Nationalsozialist zum Bürgermeister gewählt wurde, haben die Kommunisten gleichen Dank für ihren stolzen Sieg von dem neugewählten Nationalsozialisten erhalten. Schon dieser Dank von der anderen Seite zeigt den verräterischen Charakter der Haltung der KPD!

Nun muss man nur noch lesen, wie solche "Siege" auf kommunistischen Krücken in der Nazipresse mitgeteilt werden. Ueber den Fall Hohemölsen er-

schien in der gesamten nationalsozialistischen Presse die folgende Meldung:
"Wir erobern die Rathäuser. In der Bergarbeiterstadt Hohenmölsen wurde der nationalsozialistische Diplomkommunalbeamte Pg. Hermann Matthes aus Wuppertal-Elberfeld in der Stichwahl gegen einen Sozialdemokraten zum Bürgermeister von Hohenmölsen gewählt. Damit haben die Nationalsozialisten den zweiten Bürgermeisterposten im Kreis Weissenfels errungen."

Erobert und errungen, wie das klingt, welchen Eindruck von Kraft und Vormarsch das hervorrufen soll! Die "Eroberung" besteht darin, dass die Kommunisten bei einer nahezu Zweidrittelmehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten den Nationalsozialisten den Bürgermeisterposten in einer reinen Arbeiterstadt zugeschoben haben. Aber was fragen die lachenden Dritten bei dieser Selbstzerfleischung der Arbeiterschaft danach, auf welchen Wegen sie Machtpositionen erlangt haben? Sie sind zufrieden damit, dass sie sie haben und der Erfolg ist ihnen alles. Dieser Erfolg aber, das ist das Verbrechen der Kommunisten an der Arbeiterbewegung!

Der deutsche Adler.

In Königsberg existiert eine nationale Sportorganisation, die sich stolz "Vereinigung deutscher Adler" nennt. Ihr erster Vorsitzender ist der Sportlehrer Arno Woelke, ein stramm nationaler Mann.

Dieser Woelke hat eine interessante Vergangenheit. Er musste aus seiner Tätigkeit als Turnlehrer an Königsberger Schulen ausscheiden, weil er beschuldigt wurde, sich fortgesetzt an Jugendlichen vergangen zu haben. Er ist rechtskräftig wegen Körperverletzung verurteilt worden und ist nur mit Ach und Krach einer Verurteilung wegen Sittlichkeitsvergehens entgangen. Seine Spezialität ist Jugendlichen den Hintern zu entblößen und sie dann sadistisch zu misshandeln.

Diese Spezialität hat ihm weder in den sogenannten nationalen Kreisen, noch in der "Vereinigung deutscher Adler" geschadet. Nach wie vor betreibt er "Vaterländische Jugenderziehung". Ueber seine Veranlagung und seine perversen Taten deckt er den deutschen Adler.

Nur hat dieser deutsche Adler ein sonderbares Aussehen: Entblößtes Gesicht, in der einen Klaue den Rohrstock, in der anderen das Röhmkreuz!

Ehrenmänner.

Der Pressechef der österreichischen Nationalsozialisten, ein gebürtiger Tscheche, ist ein pardonierter Defraudant. Er hat bei einem jüdischen Kaufmann, bei dem er in Stellung war, Gelder unterschlagen und dann demütig gebeten, ihn nicht der Polizei zu übergeben, er werde die unterschlagenen Summen zurückzahlen.

Solche Ehrenmänner gibt es auch bei den deutschen Nationalsozialisten. Die sozialdemokratische "Magdeburger Volksstimme" veröffentlicht das folgende Schuldbekenntnis:

"11. Dezember 1930. Ich erkenne an, die mir vorgelegten Quittungen gefälscht und mir mit deren Hilfe den Betrag von 180 Mark von der "Volksstimme" betrügerisch beschafft zu haben. Ich verpflichte mich zur schnellstmöglichen Zurückzahlung und bedauere, das mir bewiesene Entgegenkommen in dieser Weise missbraucht zu haben. Walter Wiebeck."

Der Mann, der dieses Anerkenntnis ausgestellt hat, ist heute Redakteur der Nazizeitung für die Altmark und SA-Führer. Zurückgezahlt hat er ebenso wenig wie der Reichspressechef der österreichischen Nationalsozialisten! Feine Leute sind es, die in Hitlers Laden eine führende Rolle spielen!

Aus aller Welt

Lebt die Ermordete?

Der Fall Peter - Das ungelöste Kriminalrätsel von Gera - Die Verantwortung der Geschworenen.

SPD. Gera, Mitte Januar (Eig. Ber.)

Im Januar 1932 wurde der Arbeiter Kurt Peter vom Schwurgericht Gera wegen Totschlags an seiner Ehefrau zu einer Zuchthausstrafe von 15 Jahren verurteilt. In den verfloßenen Jahren hat dieser Prozess eine Entwicklung genommen, die in der deutschen Strafrechtspflege einzig dastehen dürfte. In einem am 16. Januar beginnenden Prozess sollen die Geschworenen nochmals prüfen, ob Peter seine Frau tatsächlich erschlagen hat oder ob - Frau Peter etwa noch lebt.

Das Reichsgericht mildert.

Das erste auf 15 Jahre lautende Urteil wurde vom Reichsgericht aufgehoben. Das Schwurgericht hatte zwar angenommen, dass Peter von seiner Frau zu der Tat gereizt worden sei und dass er in Erregung gehandelt habe, wandte aber trotz dieser Feststellung die mildernden Bestimmungen des § 213 des Strafgesetzbuches nicht an.

Im Juli 1932 verurteilte das Schwurgericht Gera Peter zu 10 Jahren Zuchthaus. Da das Reichsgericht das erste Urteil nur im Hinblick auf das Strafmaß aufgehoben hatte, konnte der Verteidiger in der zweiten Schwurgerichtsverhandlung den von ihm beabsichtigten Beweis dafür, dass Frau Peter noch nach dem Tode ihres angeblichen Todes mehrfach gesehen worden war, aus rechtlichen Gründen nicht antreten. Das zweite Urteil erlangte Rechtskraft. Peter trat die Zuchthausstrafe an. Gleichzeitig betrieb sein Anwalt für ihn ein Wiederaufnahmeverfahren.

Die Tote wurde gesehen!

Das Schwurgericht hatte in seiner Urteilsbegründung festgestellt, dass Frau Peter am 9. August 1930 ihrem Mann erklärt habe, sie wolle sich von ihm trennen, um in Zukunft mit ihrem Geliebten in Halle zusammenzuleben. Während der darauffolgenden Auseinandersetzung hat Peter dann angeblich seine Frau erschlagen. Soweit die Urteilsbegründung. Peter selbst hat die Tat vom Augenblick seiner Verhaftung an bestritten. Im September 1930 fanden Pilzsücker die Reste einer Frauenleiche. Trotz mancherlei Bedenken und widersprechender Zeugenaussagen wurden die Leichenteile als die der Frau Peter identifiziert. Festgestellt wurde gleichzeitig, dass der Handkoffer und der Rucksack, in denen die Leichenteile lagen, nie im Besitz Peters gewesen waren.

Bald nach der Verurteilung meldete sich bei dem Verteidiger ein Geraer Dekorationsmaler, der erklärte, dass er und seine Frau drei Tage nach der angeblichen Tat, nämlich am 12. August 1930 Frau Peter in Gera noch gesehen und begrüßt hätten. Eine andere Zeugin, Frau Müller, hat Frau Peter noch am 23. August 1930 gesehen. Die Zeugin erinnert sich dieses Datums deshalb genau, weil sie an dem Tag eine Rechnung bezahlte. Zwei weitere Zeugen haben ebenfalls bekundet, Frau Peter noch am 22. August gesehen zu haben.

Landgericht lustlos...

Auf Grund dieser Zeugenaussagen stellte die Verteidigung einen Antrag auf Wiederaufnahme des Verfahrens. Das Landgericht in Gera lehnte den Antrag

ab. Eine Beschwerde an das Oberlandesgericht in Jena führte dann zu der Einleitung eines Wiederaufnahmeverfahrens. Die von der Verteidigung angebotenen Beweise sind durch Vernehmung der Zeugen bereits erhoben. Die Zeugen haben die Darstellungen der Verteidigung bestätigt. Es kann kaum einem Zweifel unterliegen, dass Frau Peter noch gegen Ende des Monats August 1930 gesehen worden ist. Hat aber Frau Peter nach dem 9. August 1930 noch gelebt, dann kann der zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilte Ehemann sie am 9.8.30 nicht getötet haben. Ob allerdings die bevorstehende Verhandlung vor dem Schwurgericht Gera die Frage, wo Frau Peter geblieben ist, lösen wird, bleibt zweifelhaft.

N.

+ + +
Kriegsgefangener "Daubmann".

Beginn des Sensationsprozesses gegen den Schneider Hummel aus Offenburg - Die Mutter, die zweimal ihren Sohn verlor - Patriotismus, Sentimentalität und Massensuggestion...

SPD. Freiburg, 12. Jan. (Eig. Drahtb.)

Am Donnerstag begann vor der Grossen Strafkammer Freiburg die Verhandlung gegen den verheirateten 34jährigen Schneider Karl Ignaz Hummel aus Offenburg, der im vorigen Jahre die Welt durch eine geradezu geniale Köpckenickia=de getäuscht hat. Hummel war nach angeblich 16jähriger Kriegsgefangenschaft, die er zur Genugtung aller Nationalisten als aus französischem Sadismus erwachsenes Martyrium zu schildern wusste, als der seit dem Jahre 1915 vermisste Endinger Soldat Oskar Daubmann aus "Afrika" zurückgekehrt. Er liess sich trösten und feiern, machte aus seinem Unglück ein Geschäft - bis sich eines Tages herausstellte, dass "Daubmanns" Erzählungen Phantasien eines raffinierten Schwindlers waren. Die Identifizierung war durch einen Fingerabdruck erfolgt. Aber das Gelächter, das in diesen Tagen der Entlarvung um die Welt ging, wurde erstickt durch das Mitleid mit den Eltern des wirklichen Daubmann, denen der "Sohn" jetzt zum zweitenmal genommen wurde.

"Kennen Sie mich noch?"

Die Anklageschrift legt Ignaz Hummel schwere Urkundenfälschung, erschwer=ten Betrug, fortgesetzte falsche Namensführung und Versicherungsschwindel zur Last. Der Eröffnungsbeschluss ergibt, dass Hummel durch seinen Schwindel ins=gesamt 3 000 Mark verdient hat; ausserdem liess er sich auf Kosten des Deut=schen Reiches seine Zähne für 136 Mark erneuern. Zu Beginn der Verhandlung fragt der Vorsitzende, Landgerichtsgerichtsdirektor Dr. Mayer, den Angeklag=ten: "Kennen Sie mich noch?". Hummel verneint. Vors.: "Ich hab' doch seiner=zeit im Felde als Hauptmann die Gerichtsverhandlung geleitet, bei der Sie we=gen unerlaubter Entfernung aus dem Felde, wegen Diebstahls und Urkundenfäl=schung zu 3 Jahren sechs Monaten Gefängnis verurteilt worden sind." Die Strafe ist damals nicht vollstreckt worden. Aber als der Angeklagte auch spä=ter sich wiederholt des Diebstahls schuldig machte, wurde er abermals vom Kriegsgericht Frankfurt zu 2 Jahren Gefängnis verurteilt. Nach dem Krieg zog Hummel nach seiner Heimatstadt Basel, wo er bald wegen neuer Diebstähle aus=gewiesen wurde. Das gleiche Vergehen brachte ihn dann in Deutschland wieder=holt ins Gefängnis. Im Jahre 1931 machte er sich in Offenburg als Schneider selbständig.

Der gläubige Konsul.

Im Mai 1932 fasste Hummel den Entschluss, in die Fremdenlegion einzu=treten. Er meldete sich in Strassburg, wurde aber abgewiesen. Nun fuhr er mit seinem Fahrrad nach Neapel. Vors.: "Jetzt schrieben Sie den Brief an die Eltern Daubmanns nach Endingen? Wollen Sie behaupten, dass Ihnen erst in Italien der Gedanke gekommen ist, den wiedergekehrten Daubmann zu spielen?"

Angekl.: "Jawohl". (Man weiss aber aus den Feststellungen der Polizei, dass Daubmann vor seiner Reise nach Italien in Endingen war.) Vors.: "Sie haben in dem Brief an die Eltern Oskar Daubmanns die Anrede "Geliebte Eltern" gewählt und darum gebeten, dass man Ihnen an das deutsche Konsulat von Neapel den Tauschein Oskar Daubmanns und seine Geburtsurkunde schicken sollte. Warum baten Sie nicht um Geld?" Angekl.: "Ich hoffte mit meinen 50 Lire auszukommen." Vors.: "Ach, reden Sie doch nicht. Sie wollten einfach keinen Verdacht aufkommen lassen". Angekl.: "Ja".- Vors.: "Als Sie auf das Konsulat kamen, lag dort für Sie ein eingeschriebener Brief?" - Angekl.: "Jawohl, der stammte vom Bürgermeister von Endingen. Er fragte mich, wo das Rathaus von Endingen liegt. Ich antwortete: am Marktplatz. Zweiten sollte ich wissen, was für eine Wirtschaft im Torle von Endingen ist. Ich antwortete: die Wirtschaft "Zur Sonne"."- Vors.: "Dann markierten Sie einen Zusammenbruch, weil Sie sich gedacht haben, jetzt komme die Sache mit dem Tauschein, aber nicht wussten, wann Daubmann geboren ist".- Angekl.: "Jawohl, Nach dem Zusammenbruch schaffte man mich ins Krankenhaus, und am Nachmittag bekam ich vom Konsulat einen Pass auf den Namen Daubmann. Man hatte Mitleid mit mir".- Vors.: "Man hat Ihnen alles geglaubt. Dabei haben Sie nicht einmal gewusst, bei welchem Truppenteil der echte Daubmann gedient hat. Haben Sie auf dem Konsulat detaillierte Angaben über ihre Flucht gemacht?"- Angekl.: "Nein, ich hab mir ja erst in Freiburg eine Landkarte von Afrika gekauft, auf der die Namen standen".

Ein verhängnisvoller Orangendisput.

Vors.: "Wenn man, wie Sie behaupten, sich nur Fahrgeld nach Deutschland besorgen will, dann braucht man doch nicht als Heimkehrer aufzutreten". Angekl.: "Ich wollte an der deutschen Grenze ausrücken. Am Bahnhof Chiasso sprach ein Herr über die teuren Orangenpreise. Als ich erwiderte, dass die Orangen in Italien billiger seien, sagte er plötzlich: Sie sind Daubmann. Ich dachte, es wäre ein Kriminalbeamter und bekam Angst. Aber es war der Eisenbahnbeamte Schlageter aus Endingen. Das war mir nun erst recht peinlich, weil ich doch nicht gewusst habe, bei welchem Regiment Daubmann gedient hat. Aber als mich Schlageter dann fragte, ob ich nicht von der 3. Kompagnie der 111er wäre, da wusste ich's."

Der Angeklagte führte weiter aus, wie er dann der Gefangene seines Schwindels geworden sei. Schon in Luzern wurden ihm Blumen überreicht. In Basel haben ihn zwei Herren im Zylinder im Namen des baskischen Kriegerverbandes begrüsst. Er wollte "austreten gehen und dabei entwischen, aber da sind die zwei Herren gleich mitgegangen". In einem von der Reichsbahn gestellten Abteil erster Klasse fuhr Daubmann mit seinem Gefolge dann von Basel nach Freiburg weiter; auch ein letzter Fluchtversuch auf dem Bahnhof Mühlheim missglückte. Beim Empfang in Freiburg wurde er ohnmächtig.

Die getäuschten Eltern.

Bei Hummels nächsten Worten wird es ganz still im Zuhörerraum: "Als ich wieder zu mir kam, ist mir jemand um den Hals gefallen... Frau Daubmann". Vors.: "Sie sind dann in das Daubmann'sche Haus eingezogen, man hat Ihnen einen Fackelzug gebracht und ganz Endingen war hell erleuchtet".- Angekl.: "Jawohl, das hat gar kein Ende genommen".- Vors.: "Jetzt konnten Sie nicht mehr entwischen". Angekl.: "Nein. Am nächsten Tage wollte ich um fünf Uhr fliehen und stand leise aus dem Bett auf. Da waren aber meine Sachen weg. Frau Daubmann hatte sie weggeschlossen. Sie ist dann an mein Bett gekommen und sagte, ich solle doch weiterschlafen...."

+ + +

Der "Zeuge" Schmidt. Das Schwurgericht Weimar verurteilte den 24 Jahre alten Kaufmann Werner Münch aus Zwickau wegen Meineids und versuchter Verleitung zum Meineid zu 3 Jahren Zuchthaus und 3 Jahren Ehrverlust.

Der wegen Betrugs und Urkundenfälschung bereits erheblich vorbestrafte Werner Münch nahm eines Tages bei einem Zwickauer Handwerker ein Darlehen auf. Als Sicherheit verwandte er ein ihm anvertrautes Kommissionslager der Deutschen Tropikal-Gesellschaft, die eine Masse zum Abdichten von Gebäuden gegen Grundwasser vertreibt. Als Münch das Lager nicht wieder auslieferte, aber auch seiner Firma keinerlei Abrechnung erteilte, wurde er verklagt. Münch erhob wegen ihm angeblich vorenthaltener 2 900 Mark Provision Widerklage. Es kam zu einem Zivilprozess. Gerichtsort war Freiburg. Ein Schulkamerad Münchs sollte in seinem Wohnorte Zwickau kommissarisch als Zeuge vernommen werden. Weil Münch aber wusste, dass er bei der Zwickauer Justiz nicht gerade im besten Rufe stand, verlegte er den Wohnsitz seines Schulfreundes nach Weimar - indem er dort bei einem Geschäftsfreund ein (niemals bezogenes) Zimmer für den Zeugen mietete. Die Post für Schmidt wurde aber an jene Weimarer Adresse nachgeschickt und mit ihr auch die Ladung an Schmidt...

Schmidt weigerte sich nach Weimar zu reisen. Daraufhin stellte sich Münch selber dem Weimarer Amtsgericht als Horst Schmidt vor. In einem 13 Schreibmaschinenseiten umfassenden Protokoll sagte er so einseitig für sich selbst aus, dass er den Prozess gegen die Tropikal-Gesellschaft gewann. Die verurteilte Firma veranlasste gegen den Zeugen ein Meineidsverfahren; im Verlauf dieses Verfahrens kam die Wahrheit ans Licht.

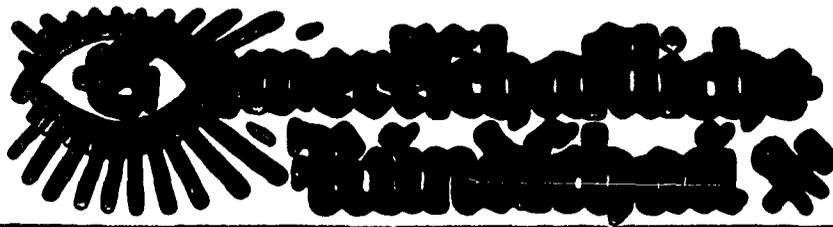
+ + +
Zwei Flugzeugkatastrophen. In Nordafrika ereigneten sich zwei schwere Flugzeugunfälle. Das Postflugzeug Algier=Marseille schlug beim Start im Hafen von Algier infolge des zu hohen Wellenganges um; der Telegrafist kam ums Leben. In der Nähe von Tunis stürzte ein Militärflugzeug in einen See; die vier Insassen wurden getötet.

+ + +
Wandernde Wissenschaft. Das Kaiser Wilhelm-Institut für Metallforschung in Berlin-Dahlem wird vermutlich aus finanziellen Gründen nach Stuttgart verlegt werden.

+ + +
Ausfall des Genter-Prozesses? Die Lübecker Senatskanzlei hat an den im Anschluss an die Calmette-Affäre der fünffachen fahrlässigen Tötung beschuldigten Berliner Arzt Dr. Genter auf Anregung des Lübecker Gesundheitsamtes die Anfrage gerichtet, wie er sich zu einer Einstellung des Verfahrens gegen ihn verhalten würde. Es ist ein Novum, dass ein Angeklagter gefragt wird, ob er eine Verhandlung gegen sich wünscht - aber der Lübecker Senat scheint Dr. Genter, der an den von ihm behandelten Calmette-Kindern ein neues Mittel ausprobierte, nicht nur den guten Glauben zuzubilligen, sondern darüber hinaus auch der begreiflichen Meinung zu sein, dass durch eine Neuaufrollung der Calmette-Affäre, die mittelbar und unmittelbar soviel tragische Ereignisse nach sich zog, niemandem gedient ist.

Dr. Genter wird in seiner Antwort an den Lübecker Senat erklären, dass er grundsätzlich mit der Einstellung des Verfahrens gegen ihn einverstanden ist. Er verlangt jedoch, dass die von zwei Aerzten gegen ihn erhobenen Beschuldigungen in aller Öffentlichkeit zurückgenommen werden. Die Frage einer materiellen Entschädigung soll im Rahmen einer Konferenz der beteiligten Parteien erörtert werden.

+ + +
Das Todessalz... In Bukarest hat sich eine fünfköpfige Familie das Mittagessen versehentlich statt mit Salz mit Arsen bestreut. Alle fünf Personen starben unter entsetzlichen Qualen.



Sie werden auf Granit beißen.

Rüstung der Kommunisten zu den Betriebsrätewahlen.

SPD. Moskau macht enorme Anstrengungen, um in diesem Jahr bei den Betriebsrätewahlen in die freigewerkschaftliche Front einbrechen zu können. Stützpunkte in den Betrieben - sie sind sein Ziel; denn das bei den politischen Wahlen von den Kommunisten gewonnene Terrain soll gesichert werden. Moskau hat Angst um dieses Terrain; es weiss, dass der politische Stimmenzuwachs, den die Kommunisten zu verzeichnen hatten, nur eine Folge der bei so manchen Arbeiter unter dem Druck der Krise entstandenen und fast selbstverständlich erscheinenden Verzweiflungstimmung ist. Stimmungen sind aber noch lange keine Ueberzeugung; vor allem sind sie kein Fundament, auf dem man weiterbauen kann. Und darum muss die Rote Gewerkschaftsopposition gerade in diesem Jahr bei den Betriebsrätewahlen besonders scharf ins Geschirr gehen. Ein neuer wilder Ansturm gegen die Betriebsstützpunkte der freien Gewerkschaften wird einsetzen.

Der Kampf um die Position der Betriebsräte ist für die Kommunisten keine praktisch-soziale, sondern nur eine politische Angelegenheit. Praktische soziale Arbeit in den Betrieben - das können die Kommunisten nicht und das wollen sie auch gar nicht. Praktische soziale Arbeit setzt Kenntnisse voraus, sozialpolitische, arbeitsrechtliche Kenntnisse - mit einem Wort, Kenntnisse, die nur aus der mühevollen Arbeit der Gewerkschaften heraus gewonnen werden können. Ein kommunistischer Betriebsrat aber, der sich ernsthaft bemühen würde, von den Gewerkschaften etwas zu lernen, müsste ja auf die Dauer ein Anhänger der sachlichen Gewerkschaftsarbeit werden. Damit wäre er aber absolut unbrauchbar für die KPD. Ein sachlich und erfolgreich arbeitender Gewerkschafter auf einem Betriebsräteposten ist für die KPD nichts anderes als ein "Opportunist", Moskau braucht wohl die Betriebsräteposten, aber es will auf diesen Posten keine gewerkschaftlich denkenden und handelnden Kräfte, ~~sondern~~ brauchbare Helfer der Belegschaft, sondern nur gefügige Werkzeuge der kommunistischen Revolutionsstrategen sehen. Nicht Hilfe für das Arbeitsvolk, sondern Hilfe für Moskaus politisches Geschäft - das ist das Ziel, für das die RGO ihre Kräfte mobil machen muss. Moskaus grosses politisches Geschäft kann aber in Deutschland nur durch Schwächung und Zerschlagung der Gewerkschaften zur Blüte kommen. Die unsagbar gemeine Begeiferung und Bekämpfung der Gewerkschaften durch die Kommunisten hat schon ihren guten Grund. Sie ist keine blosse Verrantwortlichkeit der KPD.

Mit Geifer und Lüge wird selbstverständlich auch der diesjährige Betriebsrätewahlkampf von den Kommunisten geführt werden. Man darf sich, vor allem wenn es zu keinem neuen Reichstagswahlkampf kommen sollte, im Betriebsrätewahlkampf auf eine Generaloffensive der Dreckmäuler gefasst machen. Aber je mehr die ritterlichen Kämpen Moskaus Dreck auf die Gewerkschaften werfen, desto zarter und gefühlvoller werden sie den einfachen Arbeiter und Angestellten des Betriebs anflöten. Wieder einmal wird Einheitsfrontkomödie gespielt werden. In dem Rundschreiben an die RGO-Funktionäre, das als Ergebnis der Beratungen des Reichskomitees der RGO vom Ende November hinausging, kommt das ganz klar zum Ausdruck. Die Neuinszenierung der alten Komödie sieht so

aus: Die Betriebsräteahlen werden von den RGO-Funktionären überall im Zeichen der roten Einheitsfrontaktion geführt. Die RGO wird durch Einbeziehung von Sozialdemokraten, Christen, Unorganisierten und Nazis gestärkt. Auf die Gewinnung von Frauen und Jugendlichen wird besonderer Wert gelegt, desgleichen auf die Heranziehung der Erwerbslosen. Die Bildung von roten Wahlausschüssen wird unter Beteiligung von Jugendlichen, Frauen und Erwerbslosen durchgeführt. Die Orts- und Bezirkskomitees sorgen dafür, dass Vollversammlungen der Betriebsräte unter Hinzuziehung der Erwerbslosen abgehalten werden. Die Aufstellung der Kandidaten wird vorerst in Gewerkschaftsversammlungen, die im Betriebe zu veranstalten sind, vorgenommen. Hierbei wird die rote Einheitsliste in jedem Fall zur Abstimmung eingereicht. In diese rote Einheitsliste finden vor allem Unorganisierte und RGO-Mitglieder der freien und christlichen Gewerkschaften Aufnahme, und diese rote Einheitsliste wird bei eventueller Ablehnung in der Gewerkschaftsversammlung als Liste der Belegschaft in einer Betriebsversammlung zur Abstimmung gestellt. Die RGO-Fraktionen haben für diese Komödie innergewerkschaftlich die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Mit den roten Einheitslisten wird die RGO kein Glück haben; denn mit der "Einheitsfront" ist schon zu viel Unfug getrieben worden. Die grosse Masse der deutschen Arbeiter besteht nicht aus Hampelmännern, mit denen die Kommunisten je nach Bedarf ihre Einheitsfrontkomödie spielen können. Eine Betriebsrätewahl ist für den denkenden deutschen Arbeiter nicht lediglich eine Veranlassung, irgend eine rote Einheitsliste zusammenschustern, damit die RGO Betriebsrätewahlerfolge melden kann, - Erfolge, denen dann im Betrieb bei der ersten Gelegenheit, wenn die Betriebsräte zu zeigen haben, was sie können, die Bleite für die Belegschaft nachfolgt. Bei den Betriebsräteahlen handelt es sich nicht um die Stellungnahme für oder gegen die eine oder andere Partei, sondern um die Frage: Für oder gegen die Gewerkschaften? Die Kommunisten sind - und das weiss der deutsche Arbeiter - Feinde der Gewerkschaften, und deshalb werden sie in den sozialen Wahlen bei dem Versuch, in die Gewerkschaftsfront einzubrechen, auf Granit stossen.

SPD. Die Empörung über das Berliner Verkehrsstreikverbrechen der kommunistisch-nationalsozialistischen Einheitsfront durchzittert heute noch die Berliner Arbeiterbewegung. So mancher Arbeiter, der bisher in der kommunistischen Partei stand und wirkte, wurde durch dieses Verbrechen nachdenklich gestimmt und eines Besseren belehrt. So sind dieser Tage die Betriebsräte der Berliner Gaswerke Hermann Gollnow und Paul Neidhardt, die als Mitglieder der kommunistischen Partei Bezirksverordnete in den Bezirken Friedrichshain und Lichtenberg waren, aus der kommunistischen Partei ausgetreten; sie haben ihre Mandate niedergelegt.

Die Berliner Gaswerke sollten seinerzeit während des Verkehrsstreiks streikreif gemacht werden. Die Betriebsräte der Gaswerke hatten also Gelegenheit, ganz unmittelbar den verbrecherischen Charakter der kommunistischen Gewerkschaftspolitik kennen zu lernen.

Die Wahrheit über den BVG-Streik marschiert in der Berliner Gewerkschaftsbewegung. Sie marschiert trotz aller Lügen, Verdrehungen und Verleumdungen der Nazi-Kozi-Sammelbüchsen-Einheitsfront. In den Betrieben der BVG sind, wie die Berliner Ortsverwaltung des Gesamtverbandes mitteilt, im Monat Dezember 850 Neuaufnahmen in den Verband gemacht worden. -

SPD. Die Widerstände gegen eine internationale gesetzliche Einführung der Vierzigstundenwoche treten auf der Genfer Arbeitszeitkonferenz in verschiedener Form in Erscheinung. Die Arbeitgeber und einige Regierungen wollen von einer gesetzlichen internationalen Regelung überhaupt nichts wissen. Andere Regierungen, die sich zu dem Grundsatz der Vierzigstundenwoche bekennen, machen weitgehende Einschränkungen, und manche von diesen Regierungen - darunter die Reichsregierung - wollen die Vierzigstundenwoche nur als eine vorübergehende Krisenmassnahme betrachtet wissen. Wieder andere Kräfte, die eine allgemeine Arbeitszeitverkürzung ablehnen, machen schon jetzt Stimmung für Verschleppungsmanöver. So brachte dieser Tage die "Vossische Zeitung" (Nr. 16) eine Meldung, die nicht unwidersprochen bleiben darf. Es heisst darin: "Selbst bei beschleunigtem Verfahren könnte die 40-Stunden-Konvention, wenn sie überhaupt auf dieser Konferenz zur Annahme gelangt, d.h. also der Weltwirtschaftskonferenz vorgelegt werden kann, frühestens in drei Jahren in Kraft treten."

Diese Behauptung ist nicht richtig. Zunächst hat die Vorlage an die Weltwirtschaftskonferenz mit der Verabschiedung der Konvention überhaupt nichts zu tun. Der Vorschlag des Verwaltungsrates des Internationalen Arbeitsamtes, das Ergebnis der Konferenzberatungen der Weltwirtschaftskonferenz zu unterbreiten, verfolgt lediglich den Zweck, im Rahmen des Gesamtplans der Weltwirtschaftskonferenz zur Bekämpfung der Krise den Regierungen in Bezug auf die Arbeitszeit Richtlinien an die Hand zu geben, damit sie gegebenenfalls durch zwischenstaatliche Vereinbarungen die Vierzigstundenwoche einführen, so lange ein ordentliches internationales Uebereinkommen noch nicht besteht.

Darüber hinaus ist die Frage der Vierzigstundenwoche bereits auf die Tagesordnung der Ende Mai in Genf zusammentretenden 17. Internationalen Arbeitskonferenz gesetzt worden. Bei gutem Willen und in beschleunigtem Verfahren könnte das gewünschte internationale Uebereinkommen über die Vierzigstundenwoche schon auf dieser Tagung in zweiter Beratung angenommen werden, nämlich dann, wenn man die Beratung der Frage auf der gegenwärtigen vorbereitenden Arbeitszeitkonferenz geschäftsordnungsmässig als erste Beratung betrachtet. Nach Verabschiedung des Uebereinkommens stünde dann einer sofortigen gleichzeitigen und gemeinsamen Ratifikation der in Frage kommenden Mitgliedstaaten nichts mehr im Wege.

Praktisch könnte also, im Gegensatz zu der Meldung der "Vossischen Zeitung", wenn nicht absichtlich künstliche Widerstände geschaffen werden, das Uebereinkommen im Juni d.J. endgültig verabschiedet und von den Regierungen so bald als möglich nach seiner Verabschiedung ratifiziert werden. Darin liegt auch der Sinn des vom Verwaltungsrat angenommenen und von der Arbeitnehmergruppe so dringend beforderten beschleunigten Verfahrens. Nach den zahlreichen Fehlschlägen mit den anderen Arbeitszeitübereinkommen kann sich die Internationale Arbeitsorganisation ein Fiasko mit der internationalen 40-Stundenwoche, das anscheinend gewisse Kreise wünschen, nicht mehr leisten.

SPD. Die französischen Gewerkschaften rüsten zu einer Generaloffensive zum Kampf um die Vierzigstundenwoche. In diesen Tagen wird ein Telegrammensturm der Organisationen an den Vorsitzenden der Genfer Arbeitszeitkonferenz einsetzen. Im Februar, März und April werden zahlreiche Massen-Versammlungen die Öffentlichkeit über die Bedeutung der Arbeitszeitfrage aufklären. Den Höhepunkt der Aktion soll am 1. Mai eine kurze demonstrative Arbeitseinstellung in der Industrie und im Verkehr bilden.



Reichslandbundkrieg.

Ein Stück aus dem Tollhaus mit nationalsozialistischer Tatzführung.

SPD. Das Präsidium des Reichslandbundes, dessen Vorgehen und dessen Subventionsraubzüge selbst an massgebender Stelle in den verschiedenen landwirtschaftlichen Organisationen als "Stück aus dem Tollhaus" bezeichnet werden, hat sich am Donnerstag Morgen mit der Erklärung der Reichsregierung ausführlich beschäftigt. Als Ergebnis der Verhandlung wird eine Erklärung veröffentlicht, der man entnehmen kann, dass sich der nationalsozialistische Flügel des Reichslandbundes völlig durchgesetzt hat.

Dieser nationalsozialistische Flügel wird durch den Direktor von Sybel und den Direktor Willikens vertreten. Beide sind von Adolf Hitler durch ein nationalsozialistisches Reichstagsmandat ausgezeichnet worden. Sybel war früher Offizier, drang dann in die Bürokratie des Reichslandbundes ein und entwickelte sich hier mit einem sehr ansehnlichen Gehalt zum regelrechten Bonzen. Seine Tätigkeit im Reichslandbund warf so viel ab, dass er sich vor einigen Jahren im östlichen Notstandsgebiet ein Gut kaufen konnte. Seitdem spielt er den Ueberagrariar und vertritt in der Landwirtschaft den extrem grossagrarisches Flügel. Sein Kollege Willikens firmiert als Bauer, scheint sich aber mit dem bäuerlichen Betrieb in seinem Leben noch nicht allzu viel beschäftigt zu haben. Er war noch ein recht junger Mensch, als ihn Adolf Hitler in den Reichslandbund dirigierte, wo er es bald zum "Führer" brachte.

Unnötig zu sagen, dass das geistige Niveau des Reichslandbundes unter Einfluss von Sybel und Willikens sehr gelitten hat. Nachdem man den früheren Reichsernährungsminister Schiele, dessen Politik immerhin noch Format hatte, aus dem Reichslandbund herauszudrängen vermochte, macht man in hemmungsloser Demagogie. Hemmungslose Agitation ist seit langem Trumpf im Reichslandbund. Die ganze Situation wird wohl am besten durch eine vom Reichslandbund vorbereitete Forderung gekennzeichnet, wonach die Reichsbahngesellschaft jene 600 Millionen Mark, die sie infolge des Lausanner Vertrages an Reparationen pro Jahr einspart, der "Entschuldung" der grossagrarisches Betriebe zuführen soll.

Die vom Reichslandbund am Donnerstag veröffentlichte Erklärung ist darauf abgestellt, die Regierung ins Unrecht zu setzen. Es wird - allerdings gegen den Tatbestand - betont, dass erst die abweisende Haltung der Regierung gegenüber den Reichslandbundforderungen zum "Ton und Inhalt" der Erklärung des Reichslandbundes vom Mittwoch geführt habe. Weiter geht die Erklärung des Reichslandbundes auf eine Unterredung der Reichslandbundführer mit Mitgliedern des Reichskabinetts ein, die unter Vorsitz des Reichspräsidenten stattgefunden hat. In dieser Sitzung sollen der Reichspräsident grösseren Vollstreckungsschutz und der Reichskanzler Schleicher eine künftige Handhabung der Zölle zu Gunsten der Landwirtschaft zugesagt haben. In Zukunft würde sich der Reichslandbund nur noch nach den Taten der Regierung richten. Er denke nicht daran, der Reichsregierung die Verantwortung für ihre "verhängnisvolle" Agrarpolitik abzunehmen.

Diese Antwort des Reichslandbundes auf die Erklärung der Regierung ist durchaus auf Kampf abgestellt. Die agrarischen Kenner der Verhältnisse erklä-

ren, dass es sich dabei durchaus um eine politische Angelegenheit handelt. Der Mittwoch=Erklärung des Reichslandbundes tritt der Reichsverband der deutschen Industrie, der in dieser Erklärung "Ausplünderung der Landwirtschaft zu Gunsten der allmächtigen Geldbeutelinteressen der international eingestellten Exportindustrie und ihrer Trabanten" vorgeworfen wird, mit einer Veröffentlichung entgegen, in der es u. a. heisst: "Der Reichsverband der deutschen Industrie weist derartige, wider besseres Wissen erhobene, vaterländische Interessen auf das schwerste gefährdende Beschimpfungen eines unentbehrlichen Teils der deutschen Wirtschaft auf das schärfste zurück. Bei den in dieser empörenden Weise angegriffenen Industriezweigen handelt es sich gerade um diejenigen Industrien - namentlich auch in den Notstandsgebieten Sachsens, Thüringens, des bergischen Landes und der Grenzgebiete -, deren materielle und seelische Not mindestens so gross ist wie in Teilen der Landwirtschaft. Der Leitung des Reichslandbundes sei gesagt, dass sie auf Granit beisst, wenn sie glaubt, die Einheitsfront der deutschen Industrie durch eine derartige Verhetzung auch nur lockern zu können. Das Vorgehen des Vorstandes des Reichslandbundes ist umso unverständlicher, als ihm bekannt ist, dass sich die Industrie in den letzten Monaten in Erkenntnis der Schicksalsverbundenheit der beiden Berufsstände erneut zu erfolgversprechender Zusammenarbeit mit der Landwirtschaft bereit erklärt und gerade in den letzten Wochen und Tagen in gemeinschaftlicher, persönlicher Fühlungnahme um praktische, auf das Gemeinwohl abgestellte Lösungen bemüht hat, - Tatsachen, die mit der Reichsregierung verantwortungsbewusste Führer der Landwirtschaft begrüsst haben."

SPD. Nach einer Erhebung des Instituts für Konjunkturforschung war die industrielle Weltproduktion im Jahre 1932 niedriger als je im vergangenen Jahrzehnt. Setzt man die im Jahre 1928 erzeugte Warenmenge = 100, so ergibt sich für 1932 eine Indexziffer von 74. Im Jahre 1928 war die industrielle Weltproduktion um 37 % grösser als 1913, im Jahre 1929 sogar um 47 %, 1932 wurde sie fast wieder auf den Vorkriegsstand zurückgeworfen. Bezogen auf die seit der Vorkriegszeit um mehr als 13 % gewachsene Bevölkerung, hat die Erzeugung von Industriewaren den Vorkriegsstand sogar um 11 % unterschritten.

Verfolgt man die Entwicklung der industriellen Weltproduktion im Jahre 1932 von Monat zu Monat, so ist seit dem Spätsommer 1932 ein gewisser Wandel in der konjunkturellen Bewegungstendenz zu erkennen. Die Produktion hat sich seither nicht mehr vermindert; auf Teilgebieten ist sie sogar leicht gestiegen. Die Zunahme ist freilich nur gering. Wichtig ist jedoch, dass der Rückgang aufhörte.

Die tiefe Stand der Produktion wurde in den meisten Ländern im Spätsommer 1932 erreicht. Die im Herbst teilweise folgende Produktionszunahme war zu gering, um schon in den Jahresergebnissen von 1932 zum Ausdruck zu kommen. In Deutschland, in Amerika, Frankreich, Polen, Ungarn, Italien und in andern Ländern war die industrielle Produktion im Durchschnitt des Jahres 1932 noch geringer als im Jahre 1931. Nur in einigen Ländern, England, Britisch-Indien und in Schweden, in denen der Umschwung bereits früher begonnen hatte, konnte sich die Jahresproduktion 1932 auf dem Stand von 1931 halten.

Ueber die deutsche Industrie während des Jahres 1932 wird folgendes gesagt: "In Deutschland ist im Verlauf des Jahres 1932 der konjunkturelle Rückgang der Industrie ebenfalls zum Stillstand gekommen. Die Indexziffer der Produktion wichtiger Industriezweige (1928 = 100; Saisonschwankungen ausgeschaltet) erreichte im August des Jahres mit 51,9 ihren tiefsten Stand. Seither hat die Erzeugung etwas zugenommen (November 63,6).

Der Brutto-Produktionswert der im Jahre 1932 erzeugten Industriewaren beträgt rund 34 Milliarden RM. Er ist seit dem Jahr der höchsten Produktion

(1929) um rund 50 Milliarden RM zurückgegangen. Von diesen 50 Milliarden entfallen etwa 14 Milliarden RM auf den Preisrückgang und 36 Milliarden RM auf die Verminderung des Produktionsvolumens.

SPD. Der Reichslandwirtschaftsminister Freiherr von Braun hat am Donnerstag Mitteilungen über die Agrarpolitik der Reichsregierung gemacht. Sie erstrecken sich in der Hauptsache auf die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes, den Ausbau der autonomen Zölle und die Kontingentierung der Margarineindustrie. Entsprechende Zusagen sind den Vertretern des Reichslandbundes bereits am Mittwoch in einer Unterredung gemacht worden, an der u. a. Reichspräsident v. Hindenburg und der Reichskanzler Schleicher teilnahmen.

Von anderer Seite wird versichert, dass die Erklärungen des Reichslandwirtschaftsministers vom Donnerstag durch den Konflikt zwischen der Reichsregierung und dem Reichslandbund nicht beeinflusst worden seien. Ueber die Erweiterung des Vollstreckungsschutzes - der Reichslandbund fordert demgegenüber generelle Einstellung der Zahlungen bei den landwirtschaftlichen Betrieben - haben am Donnerstag Reichskanzler Schleicher und der Reichsjustizminister dem Reichspräsidenten Vortrag gehalten. Das Reichskabinett wird sich Anfang der nächsten Woche mit dieser Frage beschäftigen. Ohne Zweifel will man dem Reichslandbund goldene Brücken bauen.

Das agrarpolitische Programm der Reichsregierung selbst ist für die deutsche Wirtschaft untragbar. Die Kontingentierung der Margarinefabrikation bedeutet die Monopolisierung dieses Industriezweiges und eine untragbare Verteuerung der Margarinepreise. Was man von einem Ausbau der autonomen Zölle gelegentlich des Ablaufs der Handelsverträge mit den wichtigsten europäischen Ländern zu halten hat, geht wohl am besten aus dem Projekt des Reichslandbundes und der Regierung hervor, den Schmalzzoll zu vervielfachen, wodurch der Preis für ausländisches Schmalz von 50 zumindest auf 90 Pfennig steigen muss. Die Reichsregierung scheint selbst das Gefühl zu haben, dass sie mit diesem Programm heisses Eisen anfasst, und sucht z. B. hinsichtlich des Ausbaus der autonomen Zölle dadurch zu beschwichtigen, dass sie erklärt, der Ausbau solle nur insoweit erfolgen, als die Handelspolitik es zulasse. Wie weit aber in der Vorstellung des Reichslandwirtschaftsministers und der Interessenten die Grenze hier gesteckt ist, beweist wohl am besten der Unfug, den man mit dem Kontingentierungsrummel und mit der Tomatenkommission angerichtet hat.

Einfach hanebüchend ist Begründung des Regierungsprogramms. Man möchte sich an den Kopf fassen und fragen, ob das wirklich von denjenigen Leuten stammt, denen das Schicksal der deutschen Wirtschaft und der deutschen Wirtschaftspolitik anvertraut ist. Man beruft sich auf die Not der deutschen Viehwirtschaft. Die Viehzucht wandere nach dem Getreideanbau ab. Die Weizenanbaufläche sei z. B. im letzten Jahre um mehr als ein Sechstel gestiegen. Die Viehpreise hätten dagegen einen Niedrigstand erreicht.

Die Not der Viehwirtschaft wird und kann kein Mensch bestreiten. Aber bestreiten muss man die Möglichkeit, dieser Viehwirtschaft mit Mitteln zu helfen, wie sie im Regierungsprogramm vorgesehen sind. Die Viehpreise liegen heute wirklich niedrig. Trotzdem kann der Konsument kein Fleisch kaufen und nicht die Preise zahlen, die der Viehzüchter zur Aufrechterhaltung seiner Produktion haben muss. Will man nun durch Verschärfung der autonomen Zölle, durch höhere Schmalzpreise und durch eine Kontingentierung und Verteuerung der Margarineindustrie die Butter-, Vieh- und Fleischpreise in die Höhe treiben, dann wird man nur erleben, dass die Konsumenten noch weniger Fleisch usw. kaufen können. Dann hätte die Landwirtschaft allerdings hohe Fleisch- und Butterpreise - aber nur auf dem Papier. Und davon kann der Bauer auch nicht leben und existieren.

Dabei wird der springende Punkt übersehen. Der springende Punkt ist aber, dass man die Futtermittelpreise (Getreidepreise) zu Gunsten eines rettungslos bankrotten Grossgrundbesitzes wahnsinnig in die Höhe getrieben hat. Man hat die Futtermittel überteuert, um den Grossgrundbesitz zu halten, weshalb auch die Viehzucht zum Getreidebau abwandert. Das kann natürlich nur auf Kosten der Viehzüchter, der Bauern gehen. Die Dinge liegen so einfach und klar zutage, dass man sich wundern muss, wenn die Interessenten dem deutschen Volk was anderes erzählen. In einer Krise, wo Vieh- und Fleischpreise rettungslos absinken, weil die Bevölkerung kein Geld hat, um Fleisch zu kaufen und anständige Preise dafür zu zahlen, muss eine Entlastung durch Verbilligung der Futtermittelkosten (Getreide) eintreten. Einen anderen Weg gibt es nicht. Wenn man aber die Futtermittel überhöht hält und den Viehzüchtern blauen Dunst vormacht, sie könnten durch hohe Preise auf dem Papier gerettet werden, dann muss diese Politik zum Bankrott des deutschen Bauernstandes führen. Wenn man das nicht im Reichslandbund begreifen kann oder will, dann sollte man diese Wahrheit doch wenigstens im Reichskabinett nicht leugnen.

 Wieder abgesackt.

(Berliner Getreidebörse vom 12. Januar)

SPD. Der Konflikt zwischen Reichsregierung und Reichslandbund ist auf die Getreidebörse ziemlich ohne Auswirkung geblieben. Aber auch die Versicherung des Reichslandwirtschaftsministers gegenüber den Mühlen, dass die Stützung der Getreidepreise unter allen Umständen fortgesetzt werde, hat einen nachhaltigen Eindruck nicht gehabt. Der Getreidemarkt in Berlin richtete sich vielmehr nach den abbröckelnden Preisen für amerikanisches Getreide, sodass die Notierungen auf dem Lieferungsmarkt gegenüber den Preisen, die am Mittwoch Nachmittag nachbörslich gezahlt wurden, weniger fest waren. Das Effektivgeschäft lag leblos. Das Mehlgeschäft zeigte auch am Donnerstag keine Besserung.

	11. Jan.	12. Jan.
Weizen	186 - 188	186 - 188
Roggen	152 - 154	152 - 154
Braugerste	165 - 175	165 - 175
Fütter- und Industriergerste	158 - 164	158 - 164
Hafer	113 - 116	112 - 116
Weizenmehl	22,75 - 26,10	22,75 - 26,10
Roggenmehl	19,40 - 21,70	19,30 - 21,60
Weizenkleie	8,76 - 9,00	8,75 - 9,00
Roggenkleie	8,70 - 8,00	8,70 - 9,00

Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen März $204\frac{3}{4}$ - $204\frac{3}{4}$ (Vortag 205) Mai $207 - 207$ ($207\frac{1}{4}$), Roggen März $165 - 164\frac{3}{4}$ ($165\frac{1}{4}$), Mai $167 - 167$ ($167\frac{1}{4}$)
 Hafer März $123\frac{1}{2} - 123\frac{1}{2}$ Brief (-), Mai $126\frac{3}{4} - 126\frac{3}{4}$ ($126\frac{1}{2}$).

 Buttermarkt.

SPD. Berliner Butterpreise vom 12. Januar. Amtliche Notierung ab Erzeugerstation, Fracht und Gebinde gehen zu Käufers Lasten: I. Qualität 90 II. Qualität 83, abfallende Sorten 76 RM je 50 kg. Tendenz: sehr ruhig.

Die sozialistische Frau

F R A U E N B E I L A G E D E S S P D

Str. 4

Berlin, den 12. Januar 1933.

Mein Arbeitstag - mein Wochenende.^x

SPD. Vor einiger Zeit veranstaltete der Textilarbeiterverband einen Wettbewerb, indem er seine weiblichen Mitglieder aufforderte, binnen sechs Wochen anschaulich und wahrheitsgetreu den regelmässigen Verlauf eines Arbeitstages und eines Wochenendes (Sonnabendnachmittag und Sonntag) zu schildern. Für die besten Arbeiten waren Preise ausgesetzt. Im "Textilarbeiter", dem Fachorgan des Verbandes, wurde die Preisaufgabe bekanntgegeben und propagiert. Während der festgesetzten Frist liefen 158 Arbeiten ein, d.h. es beteiligte sich be- dauerlicherweise von je 1000 Verbandsmitgliedern nur knapp eins an dem Wettbe- werb. Dennoch darf man die eingesandten Schilderungen wohl im wesentlichen verallgemeinern, weil alle Verbandsgebiete und die verschiedensten Berufsarten in einem angemessenen Verhältnis Bewerberinnen stellten und die einzelnen Alterstufen und Familienstandsgruppen nach ihrer Bedeutung vertreten sind. Vor allem aber wohnt allen diesen Einzelberichten ein repräsentativer Wert inne. Das Lebensschicksal wird in ihnen oft verblüffend ähnlich geschildert, mitun- ter sogar mit den gleichen Worten beschrieben und beurteilt, sodass man unbe- dingt annehmen muss, dass dieser gleichartigen Darstellung auch gleiche Lebens- verhältnisse zugrunde liegen.

Sehr früh am Morgen beginnt der Arbeitstag. Zuerst gibt es im Hause aller- lei zu verrichten. Dann wird hastig eine Tasse Kaffee heruntergegossen, und man macht sich auf den Weg nach der Arbeitsstätte, der in vielen Fällen mit der Bahn zurückzulegen ist. Meistens hat die Textilarbeiterin im Betriebe rein mechanische Tätigkeiten auszuüben. Sie fühlt sich als Teil eines Ganzen, ohne von diesem oder von ihrer eigenen Funktion eine rechte Vorstellung zu haben. Sie merkt nur, dass ihre Leistungsfähigkeit bis an die äusserste Grenze beansprucht wird. Der Lohn dagegen macht diesen Rekordlauf nicht mit; er ist knapp bemessen und im Verhältnis zum Männerlohn erheblich niedriger.

Neben der Betriebsarbeit steht die Arbeit im Hause. Sie ist ohne jeden Uebergang meist in ermüdetem Zustande zu leisten. Hierbei muss sich die Arbeiterin völlig umstellen. Im Betriebe wurde nach geordnetem Plan im geglie- derten Verfahren gearbeitet. Art und Tempo der Arbeit waren vorgeschrieben. Im Hause aber hat die Arbeiterin selbst zu disponieren. Je geringer das Ein- kommen oder je grösser die Familie ist - beides trifft häufig zusammen -, umso mehr gibt es zu schaffen, umso mehr muss überlegt werden. Während die Arbeit im Betriebe nur bestimmte Muskeln beansprucht, hat die Arbeiterin als Hausfrau vielfach Schwerarbeit zu leisten, z.B. beim Waschen. Im Betriebe gibt es häufig ein Zuviel an Technifizierung, während man daheim oft techni- sche Errungenschaften wie Gas, Elektrizität, fliessendes warmes Wasser usw., die einem bei der Arbeit helfen könnten, entbehren muss. Vor allem aber hat die Arbeiterin ganz auf jede Arbeitserleichterung durch "eiserne Hände" zu verzichten.

Der ledigen Arbeiterin geht es noch leidlich. Auch sie zermürbt der ein- tönige Trott der Arbeit, auch sie hat zu Hause noch Pflichten, aber ihrer harrt noch meist ein Wochenende mit Spiel und Freude; ihr bleiben noch am Morgen ein oder zwei Stunden mehr Schlaf. Die Mutter muss Morgens in aller Frühe ihre Kinder aus den Betten reissen, sie versorgen und nach der Kinder-

kripp bringen. Abends hat sie nicht nur ihre Wohnung und ihre Sachen in Ordnung zu halten; sie muss das Essen für den nächsten Tag kochen, und viele Stunden verbringt sie mit dem Ausbessern der Kindersachen. Die meisten Frauen behaupten: "Der Sonntag verläuft bereits wie ein Wochentag". Da gibt es so viel Arbeit im Haushalt nachzuholen, die während der Woche liegen bleiben musste. Und von den Waschtagen, die in der Regel alle drei bis vier Wochen stattfinden, wird berichtet, dass sie die ganze Freizeit in Anspruch nehmen. Das ist verständlich, wenn man bedenkt, dass die Wäsche unter Aussonderung des Zerrissenen schrankfertig gemacht werden muss. Das Ausbessern nimmt dann auch gewöhnlich noch eine Menge Zeit weg. Rechnet man diese Leistungen mit ein, so hat die verheiratete Arbeiterin durchschnittlich in der Woche (einschliesslich Sonntag) in Betrieb und Haushalt 90 Stunden zu arbeiten, d.h. 13 Stunden pro Tag. Namentlich die jüngeren Arbeiterinnen weisen immer wieder auf dieses Peinigende und Aufreibende im Leben ihrer älteren Arbeitskolleginnen und Mütter hin. Für die übliche "Opferung" als Mutter haben sie kein rechtes Verständnis. Oft graut ihnen zugleich vor dem Altwerden und Mutterwerden, was man bei jungen Menschen leicht verstehen kann. Es heisst für sie, von der Arbeit und obendrein von der Sorge unterjocht zu sein.

Gewiss scheinen die rührenden Beweise von Mutterliebe, die gerade die unehelichen Mütter liefern, dem zu widersprechen. Auch das, was die verheirateten Frauen sagen, klingt oft anders. Vielen genügt es angeblich als Lebenszweck, sich für Mann, Kinder und Haushalt aufopfern zu dürfen. Aber hierin liegt gewiss ein Stück Resignation; hier hat die Sorge gut vorgearbeitet. Die Rebellion der Jungen ist berechtigt und sollte die mit Erfahrung belästete Einsicht der Älteren verdrängen und helfen, Forderungen aufzustellen, die die Lebensbedingungen der verheirateten Arbeiterin erträglicher gestalten.

150 der eingegangenen Arbeiten hat der Textilarbeiterverband in einem Sammelbande veröffentlicht. Acht Arbeiten wurden aus besonderen Gründen ausgeschlossen. Diese 150 Berichte "Mein Arbeitstag - mein Wochenende" von Textilarbeiterinnen sind tatsächlich ein Querschnitt durch die Lebensverhältnisse der deutschen Textilarbeiterin. Die Öffentlichkeit erfährt aus diesen Berichten unverfälscht, wie die Textilarbeiterin lebt, und sie muss den Wunsch als berechtigt anerkennen, dass hier noch vieles zu bessern ist.

Meta Helen Jacobs.

Ljudotschka.^x

Von M. Koljzow.

SPD. "Du, Onkel, bist Du ein Wirtschaftler?" fragt Ljudotschka, die Bekanntschaft eröffnend, kaum dass sie es sich auf meinen Knien bequem gemacht hat.

"Wie kommst Du auf so etwas, Kleines?"

"Na, weil Du eine so runde Fratze hast! Zu uns kam ein Onkel, der war Wirtschaftler, und Mutter sagten, die hätten alle so runde Fratzen."

"Ich habe ja gar kein rundes Gesicht, Ljudotschka. Ich bin auch kein Wirtschaftler; ich bin ein Schriftsteller."

"Doch ist dein Gesicht rund. Hast Du aber auch ein Gewerbebüchlein?" Mit einem leichten Seufzer: "Der andere Onkel hatte eins von der Gruppe A, so'n rosafarbenes, weisst Du."

"Wie alt bist Du eigentlich, Ljudotschka?"

"Sechs Jahre."

"Als sie noch klein war, da war sie drei Jahre alt", sagt eine ihrer kleinen Freundinnen, die um uns herumstehen.

"Also Schriftsteller bist Du", sagt Ljudotschka. "Nimmst Du auch an der Kollektivarbeit teil?"

"Gewiss, Ljudotschka, "so ein wenig. Du nimmst am Ende wohl schon selbst daran teil?"

"Bei uns nehmen alle Kinder daran teil. Willst Du, so können wir gleich mit Kollektivarbeit beginnen."

"O, das wird aber fein werden!"

Und Ljudotschka singt revolutionäre Lieder, zwar nicht ganz richtig, doch mit viel Bravour und Begeisterung. Dann deklamiert sie Verse. Mitten im höchsten Pathos erinnert sie sich: "Wir haben heute Mittag Beefsteak und Möhr-rüben gehabt; das war aber fein!" Und mit einem Male pustet sie mir langatmig und vernehmlich ins Gesicht.

"Aber, Ljudotschka, so etwas tut man doch nicht!"

"Darf man denn das nicht? Du solltest ja riechen, was wir zu Mittag ge-habt haben. Bei uns prusten alle Kinder einander an, um es zu riechen." Ljudotschka ist verletzt, befremdet, blickt hochmütig ob meines Unwissens über die Riechmethode.

Ljudotschkas Vater ist Maschinenmeister auf einer der grössten Fabriken. Ljudotschka besucht einen Kindergarten und weiss eine Menge interessanter Dinge. Sie weiss, dass es eine Schande ist, zu schwänzen, dass es im Auslande keine Revolution gibt, dass es vor der Revolution die Bourgeois und den Zaren gegeben hat, und noch früher die Orangs und Tanga (Orangutang). Die hat man nun aber im Zoo hinter Gitter gesetzt.

Ljudotschka versteht auch schon zu sagen: "Verdammte Cholera", "Sau-teufel" und "Luder". Alle Kinder um sie her rühmen sich derselben Kenntnisse. Und noch eine Menge anderer Dinge kennt die sechsjährige Tochter des Maschinen-meisters. Aber den Begriff des Gemeinschaftseigentums und den seiner Unver-letzbarkeit hat der Kindergarten ihr nicht beizubringen verstanden. Jahre wer-den vergehen, ehe diese Kleinen durch Zeitungen und Dekreten eine Ahnung er-halten von diesen Begriffen und Forderungen. Die elementare kindliche Neigung zu zerstören wird bei uns einfach als verbrecherische Anlage betrachtet und erfährt keine erzieherische Behandlung. Da werden häufig verfrüht die Begriffe der internationalen Solidarität den Kindern aufgepfropft, und doch vergisst man, selbst einem Zwölfjährigen die einfachsten Regeln der Solidarität, des Gemeinschaftsgefühls beizubringen, wie z.B. die einfache Pflicht, einem alten Manne, einer alten Frau den Platz an der Elektrischen zu überlassen.

Die Einübung der Kollektivtugenden ist ganz unerklärlicherweise dem Programm der körperlichen Erziehung einverleibt. Die Pädagogen schieben diese Aufgabe einander zu. Der als eigentlicher Erzieher bestellte Pädagoge findet, dass der Kampf gegen das Bohren in der Nase zu den Aufgaben des Turnlehrers gehört, wie das Zähneputzen, die Morgengymnastik, das Seilspringen. Der Turn-lehrer findet, dass die Frage der Durchbohrung der Autoreifen mit Nägeln vom Erzieher behandelt werden muss, wie das soziale Arbeitsproblem, die Frage des Klassenkampfes und der Wechselbeziehung zwischen Stadt und Land. Schlimm-ster Bürokratismus herrscht in der Kindererziehung. In Wirklichkeit geht es den Erzieher gleichermassen an, ob der Schüler in der Turnstunde hässliche Schimpfworte gebraucht oder während eines begeisterten Vortrags über die Ko-lonialvölker den Schultisch mit Spucke beschmiert. Aber bei uns lebt der Er-zieher in ständiger Furcht, es könnte Ungelegenheiten geben. Ob er es etwa wagen dürfte, die Kinder zu lehren, dass Fisch ohne Messer zu essen sei? Würde das nicht am Ende als Aristokratismus ausgelegt? Aber was hat es denn damit zu tun? Wozu soll der weiche Fisch, das gehackte Beefsteak noch geschnit-ten werden? Vernünftige Gebräuche aus dem Kollektivleben auszumerzen, wäre ja sinnlos. Könnte es nicht am Ende als Unterwürfigkeit gegenüber dem alten Zaren-regime angesehen werden, wenn die Kinder dazu angehalten würden, alten Leuten ihren Platz zu überlassen, ihnen in Kleinigkeiten behilflich zu sein, höflich

den Weg zu zeigen, nicht ins Wort zu fallen? Und doch hat das wieder nichts mit der Etikette zu tun. Höflichkeit ist nicht Liebedienerei, Liebenswürdige nicht Unterwürfigkeit. Wer die Kinder nicht Höflichkeit und Anstand lehrt, der erweist dem Proletariat keinen Gefallen. Die Forderung der internationalen Solidarität des Proletariats schliesst in sich die Forderung der Solidarität aller Arbeitenden eines Landes, einer Stadt. In der Fabrik so gut wie in der Elektrischen.

Ljudotschka ist wirklich liebreizend. Sicher wird sie sich eines Tages zu schönster Blüte entfalten. Aber zur Vorbereitung für eine wahrhaft sozialistische Gesellschaft genügt es wohl kaum, ihr zahlreiche technische Kenntnisse beizubringen. Sie muss auch lernen, dass es sich nicht gehört, seinen dünnbelegten Atem andern Leuten ins Gesicht zu prusten.

"Ganz gewöhnliche" Erkältung.^x

SPD. "Niemand kann gegenwärtig die wissenschaftlich begründete Behauptung aufstellen, es gebe irgendein wirksames Mittel, um eine Erkältung abzuwehren". Das ist die fast einstimmige Meinung aller bedeutenden Mediziner, die sich diese zugleich gewöhnliche und rätselhafte Krankheit zum Spezialstudium auserkoren haben. Wie die Naturwissenschaft die Existenz von Elektronen, kleinsten elektrischer Atome, annimmt, weil es eine Elektrizität gibt, genau so nimmt die herrschende Meinung in der Medizin die Existenz von "Erkältungsbazillen" an, weil es Erkältungskrankheiten gibt. Weder ein Elektron noch ein Erkältungsbazillus ist je von einem menschlichen Auge gesehen worden.

Die bemerkenswertesten und sicherlich umfassendsten Untersuchungen über die "ganz gewöhnliche Erkältung" werden seit dem Jahre 1924 an der Columbia-Universität, New York, unter Leitung des amerikanischen Arztes und Chemikers Dr. Alphonse Dochez angestellt. Ihr Endzweck ist, einen Impfstoff gegen die Erkältung zu finden. Derartige Impfungen wurden schon wiederholt versucht, aber stets ohne Erfolg. So impft die New Yorker Telefongesellschaft seit 12 Jahren diejenigen ihrer Angestellten, die sich freiwillig dazu hergeben, gegen Erkältungen. Etwa 1000 Angestellte werden alljährlich geimpft. 50 von hundert behaupten, dass die Impfung etwas genutzt habe; 40 von hundert haben überhaupt keine Wirkung verspürt, und die restlichen zehn sind sogar der Ansicht, dass die Impfung sie noch empfänglicher für Erkältungen gemacht habe. Also gerade kein sehr ermutigendes Ergebnis!

Neben der Impfung gibt es zahlreiche andre angeblich unfehlbare Methoden, um Erkältungen vorzubeugen. Eine Zeitlang wurde für die künstliche Höhensonne zur Verhütung von Erkältungskrankheiten eine lebhaft propagierte Methode entfaltet. Die amerikanische Ärztereinigung fand, dass eine solche Vorbeugung durch die ultravioletten Strahlen der künstlichen Höhensonne nicht erzielt werde; sie vermöge jedoch die Hautgefäße derart zu beeinflussen, dass eine gesteigerte Abhärtung gegen Zugluft erfolge.

Während der Grippeepidemie des Jahres 1918 stellten amerikanische Ärzte fest, dass in Fabriken, deren Luft mit Chlor geschwängert war, fast überhaupt keine Grippeerkrankungen bei den Arbeitern vorkamen. Im Jahre 1924 arbeiteten zwei amerikanische Militärärzte eine Erkältungskur unter Verwendung einer milden Mischung von Chlorgas aus. Auch Präsident Coolidge versuchte die neue Methode - aber nur einmal in seinem Leben; keuchend und nach Luft schnappend, gelobte er, sich lieber zehnmal zu erkälten als sich einmal mit Chlorgas behandeln zu lassen.

Zu den anzweifelbarsten Methoden, Erkältungen vorzubeugen, gehören wohl die Versuche, ihnen durch eine bestimmte Ernährungsweise entgegenzutreten.

Dr. Smiley zum Beispiel führt das Entstehen von Erkältungen auf übermässigen Säuregehalt der Speisen zurück und verschreibt eine entsprechende Diät.

All diesen Versuchen zum Trotz dürfte jedoch auch heute noch das alte Arztespruchwort "Eine Erkältung dauert 14 Tage, wenn sie behandelt wird, und zwei Wochen, wenn sie nicht behandelt wird", Geltung haben. Und Dr. Alphonse Dochez, der ausgezeichnete Fachmann für Erkältungskrankheiten und unermüdete Sucher nachdem "Erkältungsbazillus", antwortete, als man ihn fragte, was er denn tue, wenn er erkältet sei: "Gar nichts. Ich lege mich ins Bett" - was also noch immer die beste Methode sein dürfte.

Dr.L.K.

Heisse Bäder. X

SPD. In der Bäderekunde hat man auf dem Gebiete des heissen Badens bedeutende Erfahrungen gemacht. Die Bädern werden vielfach zu heiss genommen, und dadurch können schwere Schädigungen hervorgerufen werden. Von Interesse dürfte sein, was Professor Dr. A. Winckler (Bad Nenndorf) aus seiner grossen Praxis darüber berichtet.

Im Mittelalter und bereits im Altertum waren tödliche Folgen heisser Bäder an der Tagesordnung. Die Bäder sollten Schweiss treiben und wurden zu diesem Zwecke so stark erhitzt, dass mancher Badegast vom Schläge getroffen wurde. Ulrich von Hutten berichtet von Bauern, die in einer heissen Schwitzstube eingeschlossen wurden, "wo sie in der Hoffnung auf baldige Genesung elendiglich umkamen." Während sich aber die Sitte dieser Bäder bei den Russen, Türken und Japanern erhalten hat, führte sie erst Napoleon in Form der bekannten "russischen Dampfbäder" wieder in Westeuropa ein. So wurden diese Bäder allmählich wieder "Mode", und besonders bei Rheumatikern sind sie auch heute noch ein bedauerlicher Kunstfehler, der nicht nur bei Bädern zu Hause, sondern auch in Moorbädern usw. bezw. bei Kuren gemacht wird. Es wurden Bäder bis zu einer Temperatur von 42 bis 45 Grad selbst solchen Leuten empfohlen, die aus Familien stammten, die Neigung zu Schlaganfällen hatten. Auch Gesunde sollten 5 Minuten in dieser Temperatur aushalten, ja, eventuell sogar 10 Minuten, und es gibt eine Menge Sportsleute, die sich dieser Tortur jetzt noch unterziehen; weil sie glauben, dass man auf diese Weise Fett wegschwitzen könne!

Aber selbst diese Temperaturen genügten bald nicht mehr, und man ging dazu über, Kastendampfbäder und elektrische Glühlichtbäder zu empfehlen und anzuwenden, die über 60 Grad Celsius entwickeln und besondere Heilkraft besitzen sollten. Man konnte die Temperatur mancher dieser Apparate so heizen, dass sie auf 120 Grad kamen!!! ("Da zerfliesst einem der Verstand", sagt mit Recht der Berliner, oder er fragt gelegentlich: "Der ist wohl mal zu heiss gebadet?") Denn wie verheerend selbst Wasserbäder von 42 Grad wirken, kann jeder am besten beobachten, der einmal erlebt hat, wie ein Mensch in und nach solch einem Bade beschaffen ist! Die Haut wird gerötet, das Gesicht wird dunkelrot und ist schweissbedeckt. Die Blutgefässe des Körpers schwellen an, als ob sie platzen wollen. Der Puls wird unregelmässig, und angstvoll verlässt der Badende schliesslich die Wanne mit dem zu heissen Wasser! Hinterher geht es ihm aber auch noch schlecht. Er fühlt sich zerschlagen, schwitzt in unangenehmer Weise nach, und der Puls beruhigt sich nur langsam. Das Gehen ist beschwerlich, und eine ungeheure innere Erregung, die auf die starke Reizung des Gefässsystems zurückzuführen ist, hält noch Stunden hindurch an. Vielfach sind die Todesfälle während des heissen Badens durch diese hier geschilderten Störungen im Organismus erklärbar.

Doch nicht nur die unmittelbaren, sondern auch die mittelbaren Folgen

heisser Bäder sind bedenklich. Wird während einer Kur im Gegensatze zur Vorschrift des Arztes eine Serie zu heisser Bäder genommen, so können die unangenehmen Folgen oft erst Monate später sich durch Schwindelanfälle usw. bemerkbar machen.

Es ist ein Irrtum, zu glauben, man könne Krankheiten ausschwitzen. Bei Streptokokkenvergiftungen des Körpers kann man auch durch sehr heisse Bäder die Körpertemperatur nicht so steigern, dass das Toxin (Gift) zerstört werden könnte. Es wurde im Pasteurschen Institut nachgewiesen, dass das Gift erst bei 70 Grad zu zerstören ist! Also ist auch diese Annahme nur ein Wunschtraum. Bestehen bleiben allein die gewaltigen Schädigungen als einwandfreie und beweisbare Faktoren gegen das heisse Baden!

Wer rheumatische oder andre Beschwerden bekämpfen will, der beachte immer dass zu Hause ebenso wie in Kurorten (und da bei Serienbädern ganz besonders) die Bäder nicht über 28 bis höchstens 29 Grad Réaumur Temperatur haben. Neben den hier bereits erwähnten Schädigungen ist noch bemerkenswert, dass auch die Neigung zu Erkältungen und dadurch zu Verschlimmerungen der rheumatischen Erkrankungen bei übermässig heissen Bädern beträchtlich grösser ist als bei einer 28½ Grad warmen Bade.

Aber auch kaltes Baden oder Schwimmen ist nicht jedem zuträglich, ebenso wenig wie kaltes Duschen! Manchem bekommt die Abhärtung, die dadurch angestrebt wird, ganz und gar nicht, und seine Neigung zu Erkältungen jeder Art wird nur noch gefördert! Besonders unzweckmässig ist häufig die Behandlung von Kleinkindern durch Abreibungen mit Kaltwasser. Nervöse Kinder leiden unter dem Chok des Gusses viel mehr, als sie Nutzen davon haben. Erfahrene Ärzte warnen immer vor dieser "spartanischen Art der Abhärtung". Kompressen und Wickel um Brust oder Hals sollen deshalb auch besser lauwarm als kalt gemacht werden!

Dr. Hess.

SPD. Phantasievoller Wunsch.^x Herr Mäderich hat die Asche seiner Zigarre auf den Teppich fallen lassen. Frau Mäderich wird böse: "Du bist ä aldes Schwein. Die Asche auf unsern Bersjaner fallen zu lassen! Wemmr sowas siehd, hätte mr nur einen Wunsch."

"Welchen Wunsch?"

"Mr missde mal zu Hause bleiben gönnen, um zu sehen, wie du dich gehen lässt, wemmr ausgegangen is und du die ganze Wohnung für dich alleene hasd."

SPD. Das Hochzeitsgeschenk.^x "Emil", sagte der Schwiegervater, "du bist dir doch darüber klar, dass der Scheck über zwanzigtausend Mark, den ich unter die Hochzeitsgeschenke gelegt hatte, nur des Effekts wegen hingelegt war."

"Aber natürlich. Der Effekt war glänzend. Die Bank hat ihn sofort eingelöst, als ich ihn vorlegte."

SPD. Ein teures Gemälde.^x Frau Newrich führte einer Schulfreundin ihre Luxuswohnung vor. Dabei deutete sie auf ein Bild: "Das kostet auch schweres Geld."

"Ist das nicht ein Whistler?" fragte die Freundin.

"Kann sein," gab Frau Newrich zu. "Es kann aber auch sein, dass es ein Rolls Royce ist. Ich kenne mich unter diesen Malern nicht aus."
